

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Abg. Alexander Muthmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 1 d und 1 e auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) (Drs. 17/875)**

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)**

- Erste Lesung -

Das Wort hierzu hat zunächst der Herr Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Herr Dr. Markus Söder. – Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort!

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Haushalt, ob Nachtrags- oder Doppelhaushalt, ist nicht nur ein bloßes Zahlenwerk. Ein Haushalt ist immer Ausdruck der Stärke und Leistungsfähigkeit eines Landes. Deswegen reden wir heute nicht nur über einzelne Zahlen, sondern über das Spiegelbild einer starken oder schwächeren Gemeinschaft. Wir reden nicht über Zahlen, wir reden über Bayern, und wir werden erleben, dass wir gut über Bayern reden können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die bayerische Haushaltspolitik wurde dieser Tage zweifach bewertet. Die eine Bewertung wurde im Rahmen von Pressekonferenzen von Frau Stamm und Herrn Halb-leib vorgenommen. Dort wurde vorgebracht, der bayerische Haushalt sei ein Armutszeugnis, er sei Trickserie, er sei unseriös, er sei im Grunde genommen in seiner Zeit völlig falsch. - Daneben gab es eine weitere Bewertung des bayerischen Haushalts. Das Haushaltsrecht und die Haushaltsstruktur wurden von einer international bedeu-

tenden Ratingagentur, nämlich Moody's, auf Herz und Nieren geprüft. Danach ergibt sich ein anderes Bild. Moody's macht eines deutlich: Bayern wird im internationalen Kontext ausdrücklich dafür gelobt, dass wir ein kluges, umsichtiges Haushaltsmanagement betreiben. Wir werden für unsere Politik, keine Schulden zu machen, sondern Schulden sogar abzubauen, gelobt. Wir werden ausdrücklich anerkennend dafür erwähnt, dass wir es schaffen, sogar im laufenden Haushalt Überschüsse zu erwirtschaften.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen hat Moody's in seiner Bewertung Bayerns die international beste Note vergeben, nämlich "Triple A". So sieht es aus: SPD und GRÜNE kritisieren, Finanzexperten loben, meine Damen und Herren. Wir erfahren regionale Kritik, nationalen Respekt und werden international sogar geachtet. Wenn ich wählen kann, was für Bayern wichtiger ist, komme ich zu dem Ergebnis, dass nicht das Lob der Opposition, sondern die Anerkennung für Bayern und die Zukunft dieses Landes durch Moody's wichtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Der Entwurf, der heute vorgelegt und dann im Haushaltsausschuss diskutiert wird, ist tatsächlich Ausdruck einer modernen Finanzarchitektur. Wir erfüllen auf der einen Seite unsere fiskalischen Haushaltsziele und beleben auf der anderen Seite das Wachstumsland Bayern und versorgen die bayerische Wirtschaft und Gesellschaft mit Treibstoff, damit sie weiter aktiv wachsen können; denn die Grundüberlegung hinter unserem Haushalt lautet: Unsere Gesellschaft, unser Land wächst - zum Glück. Andere Länder schrumpfen; wir bauen auf. Das heißt: mehr Menschen, mehr Wirtschaft, mehr Zukunft. Das zeigt sich auch in unserem Haushalt. Er wächst symmetrisch mit der Stärke des Landes. Im Übrigen wäre es geradezu absurd, wenn der Haushalt an derselben Stelle schrumpfen würde, obwohl Bayern wächst – mehr Menschen, mehr Wirtschaft, mehr Leben, mehr Aktivität. Deswegen ist dieser Nachtragshaushalt ein

echtes Wachstums- und Konjunkturbarometer, das national seinesgleichen sucht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das Volumen des bayerischen Haushalts wächst mit dem Nachtrag auf insgesamt knapp 50 Milliarden Euro. Entscheidend ist, dass es sich nicht um ein unkontrolliertes Wachstum handelt. Unsere Ausgaben steigen letztendlich um 5,3 %, die Einnahmen steigen jedoch mehr an, nämlich um 5,8 %. Alle Ausgaben, die der Freistaat Bayern tätigen muss, werden also mit selbst erwirtschaftetem Geld bestritten. Meine Damen und Herren, in anderen Bundesländern muss jedes Mal fremdes Geld verwendet werden. Das Geld, das wir ausgeben, haben wir uns selbst verdient.

(Beifall bei der CSU)

Denn zu den Einnahmen gehören nicht nur Rekordsteuereinnahmen, sondern auch Haushaltsüberschüsse, die wir durch kluges Bewirtschaften des Haushalts in allen Ministerien, in allen Institutionen erreichen. Sogar die BayernLB wird in diesem Jahr trotz der Schwierigkeiten, die es im letzten Jahr mit Ungarn gab, nach eigenen Aussagen ihren Beitrag leisten können. Wir schaffen es also, notwendige Ausgaben zu finanzieren, aber gleichzeitig Schuldentilgung auf höchstem Niveau fortzusetzen und die Stabilisierung und Stärkung der Reserven zu erreichen. Das Plus, über das wir verfügen, geben wir nicht vollständig aus. Dieses Plus an Steuermehreinnahmen und Haushaltsüberschüssen wird nicht nur für notwendige Ausgaben verwendet, sondern wir legen auch Geld für schlechte Zeiten zurück. Unsere Rücklage wächst insgesamt auf über drei Milliarden Euro, damit wir in schlechten Zeiten stark genug sein können. Eines muss ich Ihnen schon sagen: Ausgaben bezahlen, Schulden tilgen, die Rücklage stärken, das sind keine Bilanztricks, das ist fast schon Finanzpoesie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss man erst einmal schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Machen wir nicht nur schöne Worte, sondern fragen wir auch, ob wir unsere Worte belegen beziehungsweise hinterlegen können. Lassen Sie uns den Faktencheck, der aus einer Sendung im deutschen Fernsehen bekannt ist, zu den wesentlichen Finanzzahlen eines Haushalts machen; machen wir zum Beispiel den Faktencheck zur Zinsquote: Die Zinsquote belegt, wie stark bzw. schwach ein Land ist; denn je höher die Zinsquote, desto mehr Schulden, desto weniger Zukunftsfähigkeit. Wie sieht es aus? Für den Vergleich ziehe ich keine Länder heran, deren Nennung unfair wäre. Ich rede also nicht zum Beispiel von Bremen oder Berlin, sondern von strukturell vergleichbaren Ländern. Die Zinsquote liegt in Bayern bei 1,8, in Baden-Württemberg bei 4,2, in Nordrhein-Westfalen bei 5,9 %. Bayern ist besser, meine sehr verehrten Damen und Herren; Bayern ist besser als die anderen.

(Beifall bei der CSU)

Wie hoch ist die Pro-Kopf-Verschuldung? Wie sehr ist der einzelne bayerische Bürger verschuldet? Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Bayern bei 2.436 Euro, in Baden-Württemberg bei 6.038 Euro und in Nordrhein-Westfalen bei 11.685 Euro. Meine Damen und Herren, Bayern ist an dieser Stelle besser als die anderen.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne eine dritte Zahl, nämlich die Investitionsquote. Ich nenne sie fast lieber die absolute Zukunftsquote, weil mit der Investitionsquote entschieden wird, was wir ausgeben, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken. Hier erreichen wir mit nominell über 6 Milliarden Euro und über 12,1 % eine beachtliche Zahl. Die Investitionsquote liegt in Baden-Württemberg bei 9,8 % und in Nordrhein-Westfalen sogar nur bei 9,2 %. Auch hier ist Bayern besser. Die Fakten belegen: Im Haushalt gibt es kein vergleichbares Land in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Eine letzte, wichtige Zahl ist die Personalquote. Diese Zahl sinkt. Das ist in diesem Fall positiv. In den anderen Länderhaushalten steigt die Personalquote an. Bei uns dominiert die hohe Investitionsquote und die Personalquote sinkt, obwohl wir maßvoll Balance halten müssen. Wir haben keine einzige Lehrerstelle gestrichen, meine Damen und Herren, und die Sicherheit in der Justiz und dem Hochwasserschutz stabilisiert. Neue Aufgaben in neuen Ministerien, beispielsweise im Gesundheitsministerium, werden maßvoll hinterlegt. Ganz wichtig ist, dass die Finanzverwaltung, die einen alten Kritikpunkt bildet, weiter gestärkt wird, beispielsweise in der Steuerfahndung. In meiner Amtszeit wurde die Steuerfahndung um bis zu 15 % gestärkt. Kein Land hat in so kurzer Zeit so viel zugelegt wie wir, und das finden wir richtig.

(Beifall bei der CSU)

Während andere Länder bei ihren Beamten sparen, indem sie die Besoldungserhöhungsrunden nicht übertragen, haben wir sie maßvoll, aber konsequent übernommen. Mit dem bayerischen Pensionsfonds sorgen wir vor, um für die zukünftigen Generationen Sicherheit zu erreichen. Ich sage es ausdrücklich: Mit dem Pensionsfonds sichern wir die Pensionen der heutigen Beamten, mit der Besoldung stärken wir die Leistungsfähigkeit unseres öffentlichen Dienstes. Deswegen sage ich bewusst: Während in den anderen Bundesländern auf Kosten von Beamten gespart wird, respektieren wir die Leistung der Staatsdiener in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch zu den Ausgaben sage ich ein Wort. An den Ausgaben, die jetzt im Haushalt evident werden, gibt es von den Größen her fast nichts zu kritisieren. Ich sage: fast. Die Steigerungen haben nämlich Ursachen, die für uns auch in gesellschaftlicher Hinsicht von großer Bedeutung sind. Einer der größten Posten besteht zum Beispiel in den Hochwasserhilfen für die Flutopfer. Wir haben uns in Bayern und in Deutschland für diesen wichtigen Beitrag entschieden, um Menschen zu helfen, die durch die Flut fast alles verloren haben. Die Hochwasserhilfe beläuft sich auf 403 Millionen Euro.

Weiter nenne ich die Humandividende. Durch eine menschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik haben wir Mehrausgaben von 178 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir erklären uns dazu bereit, die Menschen nicht nur aufzunehmen, sondern ihnen durch eine angemessene Betreuung auch tatsächlich eine Chance zu geben. Ich nenne auch die Heimathilfe, "Heimatdividende", die beispielsweise durch die Steigerung des kommunalen Finanzausgleichs ein neues Rekordniveau erreicht hat. Allein diese drei großen Bereiche der Hochwasserhilfe, der Flüchtlingspolitik und der Heimathilfe im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs sind wichtige Investitionen für unser Land. Wer hier kritisiert und spart, versündigt sich am gesellschaftlichen Konsens. Wir tun das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorhin gesagt, es gebe fast nichts zu kritisieren. Das stimmt. Es gibt fast nichts, aber ein Posten tut Bayern unglaublich weh, ein Posten mit über 200 Millionen Euro Mehrausgaben, der wirklich im Hinblick auf Gerechtigkeit für die Menschen in Bayern ein Schlag ins Kontor ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der CSU-Zuschlag!)

Was ist das? Wir müssen 200 Millionen Euro mehr veranschlagen. Meine Damen und Herren, die neue Rekordmarke liegt bei über 4 Milliarden Euro. Das ist der bayerische Beitrag zum Länderfinanzausgleich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Seehofer- und Stoiber-Zuschlag! Ihr habt doch zugestimmt!)

Wir zahlen mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs. Nach den derzeitigen Schätzungen wird diese Zahl, wenn sich im Finanzplan nichts ändert, von jetzt 4,3 Milliarden Euro in nächster Zeit auf fast 5 Milliarden Euro anwachsen, nur weil die Bayern erfolgreich sind und weil die anderen nicht erfolgreich sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Übrigens wird sogar von den Ratingagenturen erwähnt, dass dies die einzige echte Schwierigkeit sei, der man sich stellen müsse. Wir werden jedenfalls nicht mehr taten- und willenlos zusehen und zahlen. Wir klagen, wir wehren uns und wir verhandeln. Dieser Auftrag folgt aus diesem Nachtragshaushalt. Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, das neuerdings sehr mutige und richtungweisende Entscheidungen fällt. Wir hoffen, dass dort Vorgaben für weitere Verhandlungen gemacht werden. Wir setzen uns in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein, die noch vor der Sommerpause einberufen wird; denn dort besteht eine echte Chance für eine grundlegende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Auf das Jahr 2019 gesehen kommen nämlich drei wichtige Eckpfeiler zusammen, die miteinander in ein Gesamtkonzept gebracht werden müssen: Der Länderfinanzausgleich läuft aus. Der Soli läuft aus. Die Regionalförderung muss neu geordnet werden. Wir werden uns in dieser Arbeitsgruppe massiv einbringen und diese Dinge miteinander verbinden.

Klar ist: Der Länderfinanzausgleich muss vom Inhalt und vom System her auf maximal eine Milliarde Euro begrenzt werden. Der Soli sollte zur Entlastung der Bürger halbiert und auch für den Aufbau West eingesetzt werden. Wir müssen einen Ausgleich für einige Länder finden, die sich heute trotz Länderfinanzausgleich schwer tun. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen großen Erfolg haben werden, wenn wir diese Dinge zusammenbringen. Unser Ziel ist ganz einfach: Von dem Geld, das in Bayern erwirtschaftet wird, muss mehr in Bayern bleiben, und weniger als heute sollte nach Berlin oder Brüssel gehen.

(Beifall bei der CSU)

Zusammenfassend gesagt: Der bayerische Nachtragshaushalt ist ein klares Bekenntnis zu finanzpolitischer Stabilität, ein Bekenntnis zu seriöser Haushaltsführung, ein Bekenntnis zu kraftvoller Investition und ein Bekenntnis und Statement für eine sensible Vorsorge in gesellschaftlich-finanziellen Fragen. Deshalb glaube ich, lieber Kollege

Winter – ich hätte jetzt beinahe "alt" bzw. "neu" gesagt – und liebe Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, bei denen ich mich für die Beratungen in den kommenden Wochen bedanke, dass die Bayern mit diesem Entwurf ruhig schlafen können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gute Nacht!)

Dieser Entwurf zeigt: Die Bayern können sich darauf verlassen, dass Staatsregierung und Landtag die Steuergelder bestens verwenden, um dieses Land zu entwickeln. Bayern hält Kurs. Wir haben vollen Wind in unseren Segeln und können damit zu neuen, anderen und noch besseren Ufern aufbrechen. Bayern setzt heute wieder einmal ein Signal, das kein anderes Bundesland in Deutschland setzen kann. Helfen Sie deshalb mit, dass Bayern gutgeredet, nicht immer nur schlechtgeredet wird!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erster Redner hat Herr Kollege Halbleib von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister! Herr Finanzminister, zu Ihrer heutigen Rede zum Nachtragshaushalt 2014, zu dem von Ihnen vorgelegten Entwurf, aber auch zu Ihrem gesamten Wirken als Finanzminister passt ein Satz von Alfred Polgar sehr gut, der einmal gesagt hat: "Die Grenzen zwischen Arroganz und Ignoranz sind fließend."

(Beifall bei der SPD)

Wer in einer solchen Weise über seine Arbeit redet und die Arbeit anderer qualifiziert, redet arrogant. Vor allem ist er ignorant gegenüber den Dingen, die nicht mit seiner Jubelrhetorik übereinstimmen. Solche Dinge – das werde ich Ihnen darlegen – gibt es leider auch bei dieser Staatsregierung der CSU in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, wir werden Ihnen nicht den Gefallen tun, die positive wirtschaftliche Entwicklung in diesem Freistaat Bayern und die damit verbundenen positiven Folgen für die Einnahmesituation schlechtzureden. Im Gegenteil. Als stärkste Oppositionskraft nehmen wir uns aber das Recht heraus, genau hinzusehen. Wir nehmen den Auftrag der Wählerinnen und Wähler und der Bürgerinnen und Bürger ernst, unsere Kontrollaufgabe im Parlament zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kratzen den rosaroten Lack ab, den Sie auf den Haushaltsentwurf gesprüht haben. Wir schauen hinter die an der einen oder anderen Stelle aufgehübschte Fassade. Wir werden angesichts der hohen Rhetorik, die Sie permanent pflegen, auf die finanziellen Tarnungen, auf die Täuschungen und auch auf die Unwahrheiten hinweisen, die Sie uns und vor allem den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Pflicht, die Versäumnisse aufzudecken, die mit diesem Entwurf unter den bayerischen Teppich gekehrt werden sollen. Wir haben die Aufgabe, die wir gerne und freudig annehmen, Ihre überhöhte Jubelrhetorik deutlich zu machen, weil Sie sich bei vielen Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken. Vieles von dem, was Sie an Positivem zu berichten haben und zur Grundlage dieses Entwurfs machen können, ist nicht auf Ihrem Mist gewachsen, wie der Bayer sagt, sondern das sind fremde Federn, die von anderen Köpfen genommen wurden. Das werden wir in den Haushaltsberatungen deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Die gute Entwicklung der Steuereinnahmen hängt mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Dass Sie und die CSU sich diese Entwicklung als Erfolg zu-

schreiben, ist parteipolitisch verständlich. Das nehmen wir selbstverständlich hin. Die Wahrheit lautet jedoch: Das ist das Verdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Unternehmer in Bayern. Wir können gemeinsam stolz darauf sein, dass einiges vorangebracht worden ist. Wir können als SPD auch stolz darauf sein, dass wir einen großen Anteil der Steuermehreinnahmen generieren konnten, die der Finanzminister stolz in seinen Entwurf und in die Jahresrechnung 2013 schreiben kann. Hier wäre ein Dank des bayerischen Finanzministers von diesem Rednerpult aus angezeigt gewesen. Dahinter steckt ziemlich viel sozialdemokratische Politik.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

- Ihr Lachen zeugt wieder von der Gratwanderung zwischen Arroganz und Ignoranz. Sehen Sie sich doch einfach einmal die Bekämpfung der Steuerhinterziehung an. Bayern hat 1,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen im Zusammenhang mit den Selbstanzeigen erhalten, die nach dem Ankauf von Steuerdaten-CDs erfolgt sind, 1,5 Milliarden Mehreinnahmen durch die konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der Schweiz. Maßgeblich die sozialdemokratische Seite ist diese Steuerhinterziehung konsequent angegangen. Was wollten Sie? Die CSU, die FDP und Sie, Herr Dr. Söder, haben in der letzten Legislaturperiode im Landtag reihenweise unsere Anträge, Steuerdaten-CDs anzukaufen und damit die Steuerhinterziehungsbekämpfung zu forcieren, abgelehnt. Allein der SPD, ihren Länderfinanzministern und namentlich dem nordrhein-westfälischen Finanzminister ist es zu verdanken, dass der Ankauf von Steuerdaten-CDs erfolgte. Nur dadurch konnte diese massive Welle von Selbstanzeigen ausgelöst werden. Wir schätzen die Mehreinnahmen auf 1,5 Milliarden Euro. Das ist eine seriöse Schätzung. Dieses Geld kann der Finanzminister in seine Rücklage schreiben, auf die er so stolz ist. Herr Finanzminister und liebe CSU, das Geld nehmen Sie gerne ein. Wie wäre es einmal mit einem dicken Dankeschön an die SPD, die dies zu verantworten hat?

(Beifall bei der SPD)

Man kann sich doch einmal hierher stellen und sagen: Selbstverständlich hat auch die erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik in den sozialdemokratisch regierten Kraftzentren dieses Freistaats dazu beigetragen. München hat sich unter fast ausschließlich sozialdemokratischer Führung, zuletzt 20 Jahre lang unter Oberbürgermeister Christian Ude, zu einem Kraftzentrum entwickelt. Die positiven Zahlen bei den Steuereinnahmen in Bayern wären ohne den überdurchschnittlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Beitrag der Landeshauptstadt München auf ein Mittelmaß zurückgefallen. Allein das Steueraufkommen des Finanzamtbezirks München, also der Landeshauptstadt und des Landkreises München, betrug 2011 36 Milliarden Euro. Das sind 42 % des gesamten bayerischen Steueraufkommens. Danke an Christian Ude. Ich ermuntere alle Münchnerinnen und Münchner, diese Erfolgsgeschichte mit Dieter Reiter als künftigen Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt fortzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh! Oh!)

Die letzte Bemerkung hätte ich Ihnen nicht abverlangt, Herr Finanzminister. Gleichwohl möchte ich ein Dankeschön für die kommunale Finanz- und Wirtschaftspolitik in München sagen.

Ohne die SPD hätte es viele finanzielle Verbesserungen für die Länder und vor allem auch für den Freistaat nicht gegeben. In der Großen Koalition haben wir Maßnahmen durchgesetzt, von denen die bayerische Wirtschaft bis heute profitiert, von denen der bayerische Staatshaushalt profitiert und von denen die bayerischen Kommunen profitieren. Von uns wurde im Rahmen des Konjunkturpaketes II ein Investitionsprogramm von zwei Milliarden Euro vorgeschlagen. Noch früher gab es das Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung, IZBB – Sie wissen es vielleicht gar nicht mehr. Allein für den Freistaat Bayern wurden vom Bund, von der damaligen Schröder-Regierung, 600 Millionen zur Verfügung gestellt. Wofür haben Sie sie verwendet? Für eine völlig überhastete Einführung des G 8. Die Mittelverwendung ist eine andere Seite. Der Freistaat Bayern hat aber im Rahmen dieser Initiative von der Bundesebene 600 Millionen bekommen. Wir haben im Vermittlungsverfahren bei der Grundsicherung

im Alter und bei der Erwerbsunfähigkeitsrente viele finanzielle Entlastungen erreicht. Im Zuge von zwei Vermittlungsverfahren, die die SPD angestrengt hat, kamen zum Schluss massive Entlastungen für die Länder heraus.

(Peter Winter (CSU): Nur mit Ihren Stimmen!)

Herr Ministerpräsident, es ist bekannt, dass Sie gerne Ihren Anteil an diesen Entscheidungen herausstellen. Das ist auch in Ordnung. Man kann auch sagen: Im Interesse der Länder und auch im Interesse des Freistaates haben Sie die Gunst der Stunde genutzt und uns jeweils tatkräftig unterstützt. Erlaubt sei an diesem Tag aber auch die Feststellung: Die Gunst der Stunde hat die SPD mit Ihren Initiativen geschaffen. Nichts anderes ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt entzaubert auch die Hochglanzrhetorik, in der sich der Finanzminister heute noch einmal versucht hat. Trotz günstiger Einnahmesituation schaffen es die CSU, der Ministerpräsident und der Finanzminister nicht, die immer wieder selbst gesetzten finanzpolitischen Ziele zu erreichen. Wenn Ihnen gar nichts anderes mehr hilft, ziehen Sie Vergleiche zu den anderen Bundesländern. Das haben wir hier auch erlebt. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass diese Vergleiche Ihnen nichts helfen.

(Peter Winter (CSU): Aber es trägt zur Wahrheit bei!)

- Herr Kollege Winter, wir kennen es doch aus unserer Schulzeit: Wer sich immer als Klassenprimus aufführt, muss sich besondere Kritik gefallen lassen, wenn er beim Schummeln erwischt wird. Das ist bei dieser Staatsregierung der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Eine allgemeine Lebenserfahrung lautet: Wer hohe und höchste Maßstäbe setzt und sie immer wieder anderen vorhält, muss sich selbst an diesen Maßstäben messen lassen. Was denn sonst? - Das machen wir jetzt.

Ihre Maßstäbe schauen so aus: Ich nenne nur das Stichwort "ausgeglichener Haushalt". Das Haushaltsdefizit wird nach dem Nachtragshaushaltsentwurf 2014 in diesem Jahr trotz Steuermehreinnahmen in Höhe von 460 Millionen Euro gegenüber dem Stammhaushalt größer statt kleiner. 767 Millionen haben Sie im Finanzierungssaldo auf der Negativseite. 1,3 Milliarden Euro müssen Sie aus den Rücklagen entnehmen, um den Haushalt finanzieren zu können.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Hört! Hört!)

Schon bei konjunkturellem Sonnenschein ist eine solche Haushaltspolitik gefährlich. Was passiert bei Schlechtwetter oder einem Sturmtief? Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, manchmal kommen Sie mir so vor wie ein Familienvater, der die Sparkonten seiner Kinder plündert, um im Lokal eine Runde nach der anderen auszugeben. Das ist die Haushaltspolitik, die Sie uns im Augenblick vorführen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht nur die Aufgabe, auf den Haushaltsausgleich und die Einhaltung des Verbots der Nettoneuverschuldung zu achten, Sie haben vielmehr auch die Aufgabe, den Haushalt zukunftssicher zu machen. Dieses selbst gesetzte Ziel werden Sie mit diesem Nachtragshaushalt nicht erreichen. Trotz aller von Ihnen behaupteter Ausgeglichenheit, die es aber nicht gibt – das kann ich Ihnen belegen –, und trotz aller Behauptungen, keine neuen Schulden aufnehmen zu wollen, nehmen Sie mit diesem Haushalt mehr versteckte Schulden als je zuvor auf. Das sind doch die Fakten. Sie türmen Schulden für die Zukunft auf. Diese Schulden sind zwar aus dem Haushalt ausgebucht, aber sie sind real vorhanden. Sie sind bei den Staatsstraßen, beim Gebäudeunterhalt und bei der Pensionsvorsorge vorhanden. Sie bauen eine versteckte

Verschuldung auf, statt sie abzubauen, was die Aufgabe dieses Nachtragshaushalts wäre.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich neben den Staatsstraßen, für die der Ministerpräsident und der Finanzminister regelmäßig den Schlagloch-Oscar verdienen, den Bauunterhalt an. Hören Sie sich an, was der Oberste Rechnungshof sagt und Ihnen ins Stammbuch schreibt. Weil Sie nichts dagegen tun, laufen wir bei der Substanzerhaltung jedes Jahr ein Stück weiter in die versteckte Verschuldung hinein. In diesem Haushalt sind die Kürzungen gegenüber dem Haushalt 2011 eklatant. Sie verschlimmern die Situation statt sie zu verbessern. Die Pensionsvorsorge reduzieren Sie. Sie haben sie zerschlagen. Sie haben nur noch eine Bonsai-Vorsorge - anders kann man sie nicht bezeichnen - in Höhe von 100 Millionen Euro. Damit können die Herausforderungen, die bei den Pensionen auf uns zukommen, überhaupt nicht abgesichert werden. Diese Vorsorge ist ein Feigenblatt. Die Pensionsvorsorge nach alter Rechtslage haben Sie vor 2010 selber zerschlagen. Wir haben immer davor gewarnt. Nach alter Rechtslage müssten Sie 400 bis 500 Millionen aus dem Haushalt in die Pensionsvorsorge einstellen. Das machen Sie nicht. Deswegen versündigen Sie sich an der Zukunftssicherung für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Jeder Drittklässler kann sich ausrechnen, dass die 100 Millionen nicht ausreichen werden, um die Probleme, die wir haben, zu lösen.

Auch das nächste Thema hängt mit der Pensionsvorsorge zusammen. Sie und zuvor der Ministerpräsident mit seinem großen Ziel "Bayern schuldenfrei 2030" kündigen den Schuldenabbau an. Hier muss man immer zwei Punkte berücksichtigen: Zum einen muss die Landesbank aufgrund der EU-Auflagen etwa fünf Milliarden Euro zurückzahlen. Dass diese fünf Milliarden Euro in die Schuldentilgung gesteckt werden, ist doch eine pure Selbstverständlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Fi-

nanzminister. Sie von der CSU, die die Verantwortung für die Landesbank hatten, haben im Haushaltsjahr 2009 dafür gesorgt, dass die Nettoneuverschuldung des Freistaats Bayern um 10 Milliarden gestiegen ist. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Sie jetzt jeden Cent, der von der Landesbank zurückkommt, in die Schuldentilgung stecken, ohne irgendein Wort dazu zu sagen. Das ist die Buße für Ihre Fehlsteuerung bei der Landesbank.

(Beifall bei der SPD)

Darüber brauchen wir nicht zu philosophieren. Das ist kein Erfolg, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit. Im Zuge der Vision "Bayern schuldenfrei 2030" ist uns eine zweite Versprechung gemacht worden. Uns und den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern ist von Ihrer Politik versprochen worden, dass das Geld, das man durch die Reduzierung der Pensionsvorsorge auf 100 Millionen Euro einspart, auch in die Schuldentilgung fließt. Ihr Argument lautete: Wir nehmen das Geld aus den Systemen heraus, tilgen damit Schulden, reduzieren damit die Zinsen und haben dann, wenn wir es brauchen, das Geld zur Verfügung. Was machen Sie? Der Finanzplan Ihres Finanzministers zeigt, dass bis 2017 und in der Perspektive bis 2019 nur das in die Schuldentilgung gegeben wird, was von der Landesbank pflichtgemäß zurückerstattet wird. In dieser Finanzplanung fehlt die komplette Rückzahlung von Schulden, die Sie deswegen leisten könnten, weil Sie den Pensionsfonds und die Pensionsrücklage zerschlagen haben. Das ist das Grundprinzip ihrer Haushaltspolitik. Sie täuschen vor, dass die Pensionsvorsorge im Finanzplanungszeitraum bis 2017 im Umfang von drei Milliarden Euro reduziert wird. Sie haben versprochen, dies in die Schuldentilgung zu stecken. Das Versprechen wird gebrochen. Damit ist der Beweis erbracht, dass das Versprechen des Finanzministers und des Ministerpräsidenten, Bayern bis zum Jahre 2030 schuldenfrei zu machen, nicht gehalten wird. Den ersten Beweis hätten Sie im Rahmen des Nachtragshaushalts erbringen können. Diesen Beweis sind Sie schuldig geblieben. Sie haben sich gegen ihre eigenen Prinzipien versündigt.

(Beifall bei der SPD)

Generell ein Wort zur Landesbank: Ich glaube, was wir an Abwiegung und Relativierung zu berechtigten parlamentarischen Fragen erlebt haben, rächt sich bei diesem Haushaltsentwurf. Herr Finanzminister Söder hat vor Weihnachten gesagt, alles sei bestens. Haushaltsrisiken aus der Landesbank gebe es nicht, wenn überhaupt etwas, dann nur positive Rückzahlungen. Ministerpräsident Seehofer hat kurz nach dem Jahreswechsel gesagt, dass unter Umständen im Bereich der Bayerischen Landesbank noch für das Jahr 2014 konkrete Haushaltsrisiken bestünden. Mit dem Herrn Finanzminister und dem Vorsitzenden der Bayerischen Landesbank hatten wir denkwürdige Haushaltsausschusssitzungen. Außerdem hatten wir eine denkwürdige Sitzung mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister.

Klar ist heute nur eines: Von den Zahlen im Stammhaushalt 2014 zur Landesbank stimmt jetzt keine einzige mehr. Für Zins- und Dividendeneinnahmen sind 215 Millionen Euro eingeplant gewesen – jetzt null. Die sonstigen Einnahmen sollten 145 Millionen Euro betragen – jetzt null. Der Betrag für Kapitalrückzahlungen war mit einer Null gekennzeichnet. Plötzlich kommen Beträge rein, die addiert den ersten beiden Beträgen entsprechen und alles ausgleichen. Ich sage Ihnen eines: Gegenüber der bayerischen Öffentlichkeit wird etwas hingerechnet und hingetrichtert, um die Haushaltsprobleme und Haushaltsrisiken bei der Landesbank zuzukleistern. Nicht mehr und nicht weniger ist dieser Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für das ABS-Portfolio. Die Garantie des Freistaats Bayern müssen die Steuerzahler noch erfüllen. Schätzungsweise müssen 1,6 Milliarden Euro zusätzlich für das ABS-Portfolio in die Landesbank gesteckt werden. Herr Finanzminister, Sie zitieren Ratingagenturen. Die von Ihnen genannte Ratingagentur hat diese ABS-Papiere mit hervorragenden Noten qualifiziert. Zudem hat sie die Bayerische Landesbank mit hervorragenden Noten qualifiziert. Jetzt sehen Sie, was die Noten der Ratingagenturen bedeuten. Zwar kann man sie zitieren, allerdings sollte man immer vorsichtig sein, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Beim ABS-Portfolio verhält es sich genauso. Zusätzlich zu den zehn Milliarden Euro, die wir bereits aufgewendet haben, ist im Stammhaushaltsentwurf die Zahlung einer Garantie in Höhe von 380 Millionen Euro vorgesehen. Uns ist mitgeteilt worden, dass die Verlustprognose bei circa 170 Millionen Euro liege. Im Rahmen der Kabinettsklausur in St. Quirin vor Weihnachten hieß es, wir bräuchten nur 220 Millionen Euro. Jetzt stehen 300 Millionen drin. Man fragt sich, welche Zahl überhaupt stimmt und worauf wirklich Verlass ist. Worauf wir und die Bürgerinnen und Bürger uns verlassen können: Wir werden auch in diesem Haushaltsjahr 350 Millionen Euro Zinsen für Ihre Fehler bei der Landesbank bezahlen und in diesem Haushalt bereitstellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es steht fest, dass wir weitere Milliardenrisiken haben. Das sind die feststehenden Zahlen und Fakten zur Landesbank. Was Sie vorlegen, ist ein geschönter Haushaltsplan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, uns treibt bei diesem Haushalt das Vorlagedatum um. Wir befinden uns kurz nach der Landtagswahl. Sie haben gerade Ihre Regierungserklärung abgegeben. Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern den "Bayernplan" vorgelegt. Sie haben, um es vorsichtig auszudrücken, eine gewisse Zustimmung dafür bekommen. Wir müssen heute feststellen, thematisieren und den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern zurückmelden, dass Ihre Ankündigungen, die Sie jetzt hätten unter Beweis stellen können, in der Haushaltspolitik nicht umgesetzt worden sind. Wir stellen fest, dass dort gar nichts drinsteht.

Bei den Fußballern heißt es: Die Wahrheit liegt auf dem Platz. Das, was der Trainer in der Pressekonferenz ankündigt und der Stürmer im Interview erklärt, sind nur Worte. Entscheidend ist die Leistung auf dem Spielfeld. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, in der Politik liegt die Wahrheit im

Haushaltsplan. Egal, was der Trainer Seehofer ankündigt und der Stürmer Söder erklärt, entscheidend ist, was im Haushaltsplan steht. Zu den zentralen Forderungen und Versprechungen von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der CSU steht leider nichts drin. Das müssen wir feststellen. Das bedauern wir.

(Beifall bei der SPD)

Was ist mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse innerhalb Bayerns? Was ist mit der Strukturpolitik und der Regionalpolitik? Was ist mit der Umsetzung des Verfassungsziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse, das wir gemeinsam mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in die Verfassung geschrieben haben? Herr Ministerpräsident, das thematisieren Sie in jeder Rede. Wenn man in diesen Nachtragshaushalt schaut – Konsequenz? Leider Fehlanzeige. Wo ist in diesem Haushaltsplan der Aufschlag zur Landesentwicklung und zur regionalen Strukturpolitik? Erstaunlich ist, dass bei der ersten Möglichkeit, die Einhaltung dieses zentralen Versprechens unter Beweis zu stellen, nichts gemacht wird. Vielleicht ist das Themenfeld aber auch zu groß und zu umfassend, um es im Haushaltsplan abzubilden.

Sie haben von diesem Rednerpult aus noch etwas versprochen. Herr Ministerpräsident, eines der wenigen konkreten Ziele in Ihrer Regierungserklärung bleibt die Ankündigung, Bayern im öffentlichen Raum barrierefrei zu machen, und zwar bis zum Jahre 2023. Dieses Ziel ist sowohl zeitlich als auch finanziell äußerst ehrgeizig, wie wir wissen. Im Rahmen des Nachtragshaushalts hätten Sie die Möglichkeit gehabt zu sagen: Wir gehen da ran, wir belegen das, wir forcieren das, wir machen die Planungen, wir bringen das Geld auf den Weg, wir initiieren Förderprogramme. Im Nachtragshaushalt ist für dieses Versprechen kein einziger Cent zusätzlich vorgesehen. Die großen Versprechungen sind im Haushalt nicht eingelöst worden.

(Beifall bei der SPD)

Energiewende: Im Rahmen Ihrer Regierungserklärung haben Sie gesagt, Energiesparen sei die beste Vorsorge, bei der Gebäudesanierung müsse der Staat Vorbild sein,

jeder Euro rentiere sich. Trotz dieser vollmundigen Aussage findet sich im Nachtragshaushalt hierzu kein zusätzlicher Euro. Im Gegenteil, es erfolgen sogar leichte Kürzungen beim Klimaschutz im ländlichen Raum. Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen.

Wir haben Ihre Aussage zum 10.000-Häuser-Programm wahrgenommen. Das Programm stand im "Bayernplan". Für private Häuser sollten Energiespeichertechnologien entwickelt werden. Im Haushaltsentwurf des Freistaats Bayern findet sich kein einziger Cent, um dieser konkreten Forderung Folge zu leisten. Dieser Umgang mit Regierungserklärungen und Wahlversprechen gefällt uns nicht. Herr Ministerpräsident, ich verstehe nicht, warum ich diese Vorwürfe überhaupt vorbringen muss. Eigentlich wäre entschlossenes Handeln im Hinblick auf den Haushaltsplan erforderlich gewesen. Die Wahrheit liegt im Haushaltsplan. Die Wahrheit ist: Hier haben Sie nichts gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte mit der Ankündigung des Herrn Verkehrsministers zum Radwegeprogramm weitermachen; 40 Millionen sind vor dem Nachtragshaushalt genannt worden. Wenn man nachschaut, findet sich kein zusätzlicher Cent. Versprechungen ohne Konsequenz im Haushalt sind leere Versprechungen.

Als Verkünder taucht Herr Finanzminister Söder vor allem kurz vor Wahlterminen besonders freudig auf. Das habe ich persönlich im Umfeld von Würzburg erlebt. Vor den Landtagswahlen wurden 100 Millionen Euro für die Festung Marienberg versprochen. Kurz vor der Kommunalwahl wurde die gleiche Erklärung abgegeben: 100 Millionen Euro für die Festung Marienberg. Ich war ganz neugierig und freudig erregt. Ich habe den Haushaltsplan durchgeblättert. Ich habe zumindest im Ansatz einen Planungstitel erwartet für die Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg. Das wäre nämlich erforderlich. Ich habe wirklich alles durchgemustert. Vielleicht können Sie oder einer Ihrer Be-

amten mir helfen. Ich habe dazu im Haushaltsplanentwurf keine einzige Zeile, keine Mittel und keinen Planungstitel gefunden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Alles Luftnummern!)

So gehen Sie mit der Haushaltspolitik um: viel erklären, nichts realisieren.

(Beifall bei der SPD – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wo ist der Scheck?)

Man muss dazu sagen: Der Ministerpräsident ist ähnlich. Er hat das Versprechen wiederholt. Er hat gesagt: Übergeben Sie den Scheck. Oder: Sehen Sie den Scheck als übergeben an. Vom Budgetrecht des Landtags einmal abgesehen, ist das eine eigenartige Formulierung. Herr Ministerpräsident, vielleicht können wir uns darauf einigen, dass zu den Mitteln, die für die längst notwendigen Sanierungen eingestellt sind, über die Nachschubliste der Staatsregierung in diesem Nachtragshaushalt zusätzlich zumindest noch 30 Millionen auftauchen. Dann reden wir von diesem Rednerpult aus weiter. Machen wir es so? –

(Beifall bei der SPD)

Einen Punkt können Sie schon von hier aus korrigieren. Das ist Ihr weiteres Wahlversprechen, Herr Ministerpräsident, dass die demografische Rendite an den Schulen bleibt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

- Ich freue mich über die nochmalige Bestätigung.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wir haben es gehört!)

Wir haben als Opposition natürlich schon vor den Haushaltsberatungen Erfolg gehabt. Wir konnten gemeinsam mit den vielen Verbänden nach einem Aufschrei vieler Eltern und Schüler im Lande verhindern, dass Sie, wie sie geplant hatten, im Jahr 2014 829 Lehrerstellen streichen. Sie werden wieder zurückgeholt. Das ist im Entwurf dar-

gelegt. Die 773 Stellen, die Sie im letzten Jahr auch aus der demografischen Rendite gestrichen haben, werden aber nicht zurückgeholt. Da ist der zeitliche Zusammenhang interessant. Das Kultusministerium erklärt auf Nachfrage: Diese 773 Stellen sind zum 01.08.2013 bereits weggefallen. - Bitte merken Sie sich dieses Datum.

Wenige Tage zuvor, am 20. Juli 2013, hat die CSU ihren "Bayernplan" veröffentlicht mit der Zusage: Wir garantieren den bayerischen Schulen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die frei werdenden Lehrerstellen vollwertig im Bildungssystem belassen werden. Wenn diese Aussage gilt, dann muss sie auch für die Stellen gelten, die am 01.08.2013 weggefallen sind. Darum werden wir kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie glaubhaft bleiben wollen, dann sorgen Sie dafür, dass diese Lehrerstellen über die Nachschubliste der Staatsregierung wieder geschaffen werden.

Auch die Kürzungen können wir nicht akzeptieren. Es kann doch nicht sein, dass der Bund mit großen Anstrengungen, auch mit Antrieb der SPD, aber im Rahmen der Großen Koalition, 600 Millionen Euro für die Städtebauförderung bereitstellt, der Freistaat Bayern aber, wenn auch wegen der EU, die Städtebauförderung um 6 Millionen Euro kürzt. Das kann doch nicht sein. Das ist ein völlig falsches Signal an die bayerischen Kommunen. Ich fordere Sie auf, diese Kürzung rückgängig zu machen. Wir werden das auf jeden Fall beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann auch nicht sein, dass die Feuerwehrförderung der Kommunen für hehre Ziele, die Feuerweherschulen und die Ehrung und Anerkennung von Dienstgraden mit 40-jähriger Dienst erfahrung, um 5 Millionen Euro gekürzt wird. Es ist kein vernünftiger Weg, das eine gegen das andere auszuspielen. Selbstverständlich muss die Feuerwehrförderung beibehalten werden. Auch dafür werden wir in diesen Haushaltsberatungen kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Wir werden unsere Schwerpunkte deutlich machen. Diese liegen bei Bildung, Hochschule, Forschung, bei der Infrastruktur – das habe ich deutlich gemacht –, bei den Kommunen und auch im Sozialen. Wir werden insbesondere bei den Kindergärten und Kinderkrippen genauer hinschauen, damit wir mehr Qualität und mehr Betreuungsqualität in den Randzeiten und den Ferienzeiten erreichen. Wir wollen das einlösen, was Sie nur versprochen haben, nämlich mehr Asylsozialarbeit. Es steht zwar eine leichte Steigerung drin, aber sie reicht bei Weitem nicht aus.

Das sind unsere Schwerpunkte neben einem konsequenten Vollzug der Steuerverwaltung. Es kann doch nicht sein, dass nach wie vor 1.800 Stellen in der bayerischen Steuerverwaltung nicht besetzt werden. Wir verschenken jedes Jahr zig Millionen Euro, circa 400 bis 500 Millionen Euro. Es ist schon ein Stück weit politische Beihilfe zur Steuerhinterziehung, wenn man nichts dagegen tut. Wir werden darauf drängen, dass diese Lücke endlich geschlossen wird.

(Beifall bei der SPD)

Zum Länderfinanzausgleich: Herr Söder, Sie sollten Ihre Strategie vielleicht doch einmal ändern. Wir sind der Meinung, dass die Zahlungen Bayerns zu hoch sind. Wir haben im Jahr 2010 als Erste im Bayerischen Landtag einen solchen Änderungsantrag gestellt.

(Widerspruch bei der CSU)

- Die Ersten waren wir. Wir haben ein Reformkonzept gefordert. Da kam lange nichts. Sie müssen vom Wahlkampfmodus auf eine Strategie zur Reform des Länderfinanzausgleichs umstellen. Jetzt geht es darum, Bündnispartner für eine gute Lösung für Bayern zu finden, nämlich für die Begrenzung der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich, für andere Anreizstrukturen für Geber- und Nehmerländer und eine vernünftige Regelung der Berlin-Kosten aus dem Bundeshaushalt. Es kann doch nicht sein, dass

der Finanzminister in Talkshows herumsitzt, was vielleicht auch seiner Eitelkeit dient, aber bei den Finanzministerkonferenzen regelmäßig nicht erscheint, wo solche Themen diskutiert werden. Selbstverständlich erwarten wir mehr Kommunikation.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das ist der richtige Punkt an dieser Stelle. Sie haben uns an der Seite, wenn Sie vernünftige Vorschläge machen. Dann stehen wir hinter Ihnen. Wir müssen aber neben den Dingen, die wir selbstverständlich gutheißen, das kritisieren, was Sie auch in diesem Haushaltsentwurf in der Art und Weise tun.

Ich glaube, ich habe Kritikpunkte aufgezeigt, die nachdenkenswert sind. –

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich hatte schon viel Geduld mit Ihnen. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Wir werden sie in den Nachtragshaushaltsberatungen voll einbringen. - Ich bedanke mich bei der Frau Präsidentin für die überaus reichliche Geduld, die ich zu schätzen weiß. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion hat jetzt Kollege Bachhuber das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Halbleib hat gerade zum wiederholten Mal in diesem Hause den Untergang des Abendlandes und der bayerischen Finanzpolitik besungen.

(Inge Aures (SPD): So ein Quatsch! – Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat das aufgeschrieben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Fakt ist: Das Alpenland - -

(Heiterkeit)

Das Abendland hat seine Probleme. Deutschland geht es gut. Bayern geht es besser, und damit dem Alpenland,

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Bei uns in Oberfranken nicht!)

und den Kommunen geht es noch besser.

(Inge Aures (SPD): Da lache ich mich tot! Sie sollten sich schämen!)

Kollege Halbleib hat den kommunalen Finanzausgleich gar nicht erwähnt, weil er so gut ist. Staatsregierung und CSU-Fraktion dürfen sich ohne Übertreibung als Anwälte der Kommunen bezeichnen. Wir wissen, dass starke, leistungsfähige Kommunen – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Welche Stichwahl wollen Sie jetzt eigentlich gewinnen? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht. Tut die Wahrheit so weh?

(Unruhe bei der SPD)

Wir wissen, dass starke, leistungsfähige Kommunen Garanten für eine lebenswerte Heimat unserer Bürger sind.

(Inge Aures (SPD): Das stimmt!)

Deswegen leben die zufriedensten Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Inge Aures (SPD): Und was ist mit Franken? Was ist mit uns?)

Deswegen werden wir auch in Zukunft unseren Bezirken, Landkreisen, Gemeinden und Städten mit unserem Finanzausgleich eine verlässliche, sichere und sehr gute Finanzausstattung geben. Das belegt dieser kommunale Finanzausgleich, der Ihnen fast kein Wort wert war.

(Volkmar Halbleib (SPD): Keine Zeit mehr gehabt! Wir würden das gerne nachholen! Geben Sie mir fünf Minuten! – Dr. Paul Wengert (SPD): Wir reden über den

Nachtragshaushalt! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die falsche Wahlkampfrede!

Der Finanzausgleich bedeutet Rekordniveau. Alle anderen Städte und Gemeinden außerhalb Bayerns schauen neidvoll auf die Kommunen Bayerns. Über acht Milliarden Euro umfasst dieser Finanzausgleich. Nürnbergs OB Ulrich Maly

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr guter Mann!)

hat am 05.12. gesagt: "Das ist ein Finanzausgleich, bei dem der Freistaat Bayern beweist, dass er kommunalfreundlich ist."

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Die geplanten Verbesserungen im Allgemeinen: Anstieg der Schlüsselzuweisungen um 85 Millionen Euro, Krankenhausfinanzierung, Fortführung auf ganz hohem Niveau mit 500 Millionen Euro, Erhöhung kommunaler Hochbau: 17 Millionen Euro, Erhöhung Investitionszuschüsse: 50 Millionen Euro, Zuweisung an die Bezirke: plus 5 Millionen Euro, und Erhöhung beim Straßenbau und Straßenunterhalt plus 23 Millionen Euro. Die reinen Leistungen steigen im Finanzausgleich 2014 gegenüber 2013 um 2,6 % auf 7,52 Milliarden Euro. Die Schlüsselzuweisungen wachsen dank der allgemeinen Verbundentwicklung gegenüber 2013 um 2,9 % auf fast 3 Milliarden Euro.

Besonders hervorheben möchte ich, dass dieser kommunale Finanzausgleich in den letzten Jahren zugunsten strukturschwacher sowie vom Bevölkerungsrückgang betroffener Kommunen und kleiner Gemeinden gestärkt wurde. Das, lieber Kollege Halbleib, ist die Unterstützung für den ländlichen Raum. Hier liegt die Wahrheit, wie Sie gesagt haben, auf dem Platz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Denken Sie an Oberfranken und an die Oberpfalz!)

Auch bei den Schlüsselzuweisungen wurde die Verlängerung des Demografiefaktors von fünf auf zehn Jahre und die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen von 108 auf 112 % vollzogen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Oberbayern-Blick!)

Das ist bayernweit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fahren Sie nach Oberfranken und in die Oberpfalz!)

Weitere strukturelle Veränderungen kann und wird es erst geben, wenn das Gutachten, das gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden vergeben wurde, vorliegt. Dabei haben wir besonders die Gesichtspunkte der Sozial- und Jugendarbeit berücksichtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders begrüßt wurde von den kleineren Gemeinden, dass die Mittel für die Investitionspauschale von 2011 bis 2014 von 173 Millionen Euro auf 365 Millionen Euro bzw. um 110 % angehoben wurden.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig steigt der Mindestbetrag gerade für kleinere Gemeinden – die gibt es auch in Unterfranken – von 26.000 Euro auf nunmehr 105.000 Euro. Auch die Einführung eines vorausschauenden Demografiezuschlages auf die Investitionspauschale für die Kommunen mit einer erheblich negativen Bevölkerungsprognose hat sich bewährt, Herr Kollege Halbleib.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das löst die Probleme nicht, Herr Kollege!)

Zuhören! - Weiter sieht der neue Finanzausgleich folgende Verbesserung der Investitionsfähigkeit für Kommunen vor: In begründeten Fällen sind Fördersatzte bis zu 90 % pro Investitionsmaßnahme im kommunalen Hochbau und im Straßenbau möglich. Auch die Anhebungen der Pauschalen für den Straßenunterhalt von 2013 um 15,9 %

und 2014 nochmals um 10 % wurden von den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich begrüßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen feststellen und können mit ruhigem Gewissen behaupten, dass der Freistaat Bayern der Anwalt der Kommunen beim Bund ist. Bundesweit können die Kommunen mit einer Entlastung von neun Milliarden Euro bei Aufgaben mit dynamisch wachsenden Kosten rechnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dank der Initiative der SPD, sollten Sie dazusagen!)

- Lassen Sie sich Zeit, ich komme auf die SPD noch zurück.

Bereits Gesetz ist die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund. Das entspricht bundesweit einer Entlastung um vier Milliarden Euro jährlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist das Ergebnis unserer Vermittlungsarbeit!)

- Lassen Sie sich doch Zeit. - Die bayerischen Kommunen werden dadurch ab 2014 in Höhe von rund 550 Millionen Euro entlastet. Aufgrund des Einsatzes unseres Ministerpräsidenten wurde der ordnungspolitische Irrsinn von Rot-Grün, die Grundsicherung den Kommunen aufzubürden, berichtigt. Damit werden die Kommunen bundesweit um jährlich vier Milliarden Euro entlastet, die bayerischen Kommunen um jährlich 550 Millionen Euro. Danke, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CSU)

Auf Initiative unseres Ministerpräsidenten wurde bei der Zustimmung zum Fiskalpakt ein Bundesteilhabegesetz im Bereich der Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderung gefordert. Noch vor Inkrafttreten dieses Bundesteilhabegesetzes beträgt die Entlastung eine Milliarde Euro für die Kommunen Deutschlands, davon bis zu 150 Millionen für die bayerischen Kommunen. Nach Inkrafttreten werden es bundesweit fünf Milliarden Euro sein und rund 750 Millionen Euro für die bayerischen Kommunen, und das auf Antrag Bayerns. Noch einmal: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CSU)

Ich wiederhole: Die Finanzlage der bayerischen Kommunen ist trotz aller Unkenrufe gut. Die Bertelsmann-Stiftung hat festgestellt: Die Finanzlage der bayerischen Kommunen ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland. Das zeigen auch die wichtigen Kennzahlen im Vergleich zum Staatshaushalt. Es bleibt unbestritten festzuhalten: Die Finanzsituation der bayerischen Kommunen hat sich in den letzten zehn Jahren in allen wichtigen Bereichen besser entwickelt als die des Freistaats Bayern. In den letzten zehn Jahren haben die Kommunen ein Plus von 68 % bei den Steuereinnahmen, der Freistaat Bayern vor dem Länderfinanzausgleich 40 %, nach dem Länderfinanzausgleich 35 %. Auch die Steuerschätzungen prognostizieren für 2013 und 2014 den Kommunen ein Plus von 4,9 %, den Ländern ein Plus von 3,4 %, 2014 den Kommunen ein Plus von 3,7 %, den Ländern ein Plus von 3,1 %.

Ganz wichtig ist, was der Finanzminister gesagt hat, nämlich dass die Investitionsquote, das Zukunftskapital der Kommunen, 2012 mit 21,9 % deutlich über der Investitionsquote des Freistaates Bayern mit 11,1 % lag und weit höher war als die Investitionsquote aller anderen Bundesländer. Auch das ist ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Kommunen ist mit 1.187 Euro je Einwohner die niedrigste. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.920 Euro pro Einwohner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zum kommunalen Finanzausgleich sagen: Mit diesem Nachtragshaushalt, Herr Finanzminister, schaffen Sie Chancen. Wir machen keine Schulden, sondern wir bauen Schulden ab, und wir schaffen dadurch Generationengerechtigkeit. Mit diesem kommunalen Finanzausgleich, bei dem nahezu fast jeder vierte Euro aus dem Haushalt des Freistaates Bayern an die Kommunen geht, bleibt der Freistaat Bayern der verlässliche Partner

seiner Bezirke, Landkreise und Gemeinden. Es bleibt festzustellen – da beißt die Maus, lieber Kollege Halbleib, keinen Faden ab –:

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Welche Maus?)

Bayern ist das kommunalfreundlichste Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat Herr Kollege Pohl das Wort für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Bachhuber! Nach Singen ist mir heute leider nicht zumute, aber eine Bemerkung zu Ihrem nachgezogenen oder noch laufenden Wahlkampf möchte ich machen. Herr Kollege Halbleib, Sie sind beide noch im Wahlkampfmodus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Immer!)

Wenn ich auch noch im Wahlkampfmodus wäre, würde ich sagen: Dass es den Kommunen besser geht als Bayern, liegt daran, dass wir in den Kommunen doppelt so stark sind wie im Bayerischen Landtag und ein Viertel der Landräte und ein Drittel der Bürgermeister stellen. Das nur als Randnotiz. - Meine Damen und Herren, die allgemeine Lage der Staatsfinanzen in Bayern ist grundsätzlich positiv.

(Ministerpräsident Seehofer klopft Beifall)

– Danke, Herr Ministerpräsident. Sie ist positiv auch aufgrund von Rekord-Steuererinnahmen. Diese Rekord-Steuererinnahmen fallen nicht vom Himmel, wie man im deutschen und vor allem im europäischen Vergleich sieht. Ich denke, es ist angebracht, am Anfang einer Haushaltsrede Lob zu verteilen an die Menschen in Bayern, an die Wirtschaft, an die Tarifpartner, aber auch an die Bundes- und Landespolitik, die in den

letzten Jahren in der Wirtschaftspolitik durchaus einiges richtig gemacht hat. Das sollte man der Fairness halber auch einmal sagen.

Gute Einnahmen, meine Damen und Herren, sind Voraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen. Damit die Einnahmensituation aber gleich bleibt, müssen wir auch eine kluge und vorausschauende Steuerpolitik betreiben, und hier mahne ich etwas an. Herr Ministerpräsident, ich höre seit Jahren, dass Sie und Ihre Partei den Mittelstandsbauch und die kalte Progression abbauen wollen. Aber es geschieht nichts. Jetzt sind Sie schon die zweite Legislaturperiode am Ruder, und da brauchen Sie nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen. In der letzten Legislaturperiode haben Sie zusammen mit der Steuersenkungspartei regiert, und auch da ist nichts passiert. So motiviert man diejenigen nicht, die dafür sorgen, dass wir jetzt relativ entspannte Haushaltsberatungen führen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Schuldentilgung ist eines Ihrer großen Themen – jetzt verlassen Sie den Saal – und des Herrn Finanzministers. Ich höre: Bayern schuldenfrei bis 2030. Ich sage Ihnen aber noch zum Abschied:

(Zuruf von der CSU: Er kommt schon wieder!)

Das ist in meinen Augen ein Taschenspielertrick; denn jeder hier in diesem Raum ist in der Lage, Bayern schuldenfrei zu machen, und zwar in den nächsten Monaten und nicht erst bis 2030. Das geht ganz einfach, indem Sie das Staatsvermögen, Schulen, öffentliche Gebäude etc. verkaufen und dann zurückmieten oder zurückleasen. Dann sind Sie schuldenfrei, haben aber keinen Euro mehr in der Kasse. Deswegen müssen wir von der Kameralistik weggehen und zu einem doppischen Haushalt auch auf Landesebene kommen. Was wir bei den Kommunen einfordern, sollten wir, mit gutem Beispiel vorangehend, auch im Freistaat Bayern machen.

Ich nenne Ihnen zwei, drei Punkte, deren Betrachtung sich dann sofort ändern würde. Zum Ersten müssten wir nicht darum betteln, dass die Ausgaben für die Staatsstraßen erhöht werden; denn dann würden wir nicht mehr auf Kosten der Substanz sparen und tatenlos zusehen, wie der Zustand der Staatsstraßen immer schlechter wird, weil es unmittelbar mit einer Verringerung unseres Vermögens einhergehen würde, wenn wir nicht nur auf die Schulden, sondern auch auf die Vermögensseite achten würden. Der Wertverzehr bei maroden Staatsstraßen würde dann unmittelbar haushaltswirksam werden.

Auch ein Verkauf der Bayerischen Landesbank wäre keine Verringerung unseres Vermögens, der eine Einnahme gegenüberstünde. Sie wollen das, wir wollen es nicht. Nicht zuletzt würden wir auch keine Diskussionen über den Pensionsfonds führen, der zulasten der Beamtinnen und Beamten nicht aufgefüllt wird.

Der Doppelhaushalt ist ein Doppelhaushalt in zweifachem Sinn. Zum einen betrifft er den eigentlichen Staatshaushalt; er betrifft aber auch unsere Städte und Gemeinden. Über das FAG ist er nämlich Grundlage für die kommunalen Haushalte, die jetzt landauf, landab aufgestellt und verabschiedet werden. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind von unserem Selbstverständnis her der politische Arm der Kommunen im Bayerischen Landtag und schauen deswegen natürlich in besonderem Maße darauf, dass die kommunale Ebene gestärkt wird. Warum ist das so? Das Leben findet in den Städten und Gemeinden statt. Dort werden bundes- und landespolitische Konzepte und Gesetze umgesetzt oder eben auch nicht. Deswegen müssen wir unseren Kommunen die Möglichkeit geben, dies optimal zu tun.

Deswegen halten wir auch an unserem Ziel fest, die FAG-Mittel auf 15 % zu erhöhen. Seit wir im Bayerischen Landtag sind, geht es, wenn auch im Schnecken tempo, nach oben. Man hangelt sich in Zehntelprozent-Schritten in Richtung 13 %. Wir sind der Auffassung, 15 % ist die angemessene Beteiligung der Kommunen an den Staatsmitteln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch die Mittel für die Schülerbeförderung und nicht zuletzt für die Krankenhausfinanzierung müssen steigen. Da hätte ich dem Herrn Ministerpräsidenten doch gern noch etwas mit auf den Weg zu seinem heutigen Wahlkampfauftritt in Marktoberdorf gegeben; denn die Misere der dortigen Klinik ist ganz maßgeblich dadurch verursacht, dass die Krankenhausfinanzierung in den Kinderschuhen stecken bleibt und viel zu mager ausfällt. Da hätte er einmal vor Ort ganz klar sehen können, was eine in diesem Punkt verfehlte Landespolitik vor Ort anrichtet.

(Klaus Holetschek (CSU): Ausgemachter Unsinn!)

Wir müssen die strukturschwachen und demografisch oder sonst wie benachteiligten Kommunen unter Abschmelzung einer überproportionalen Einwohnerveredelung berücksichtigen. Da geht es um Gerechtigkeit unter den Kommunen. Die Metropolen werden in unserem System zu stark berücksichtigt. Hier müssen wir für einen gerechteren Ausgleich sorgen. - Wir haben gemeinsam mit Ihnen für die Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung gestimmt. Das bedeutet aber auch, dass wir unseren Kommunen die finanziellen Mittel an die Hand geben müssen, damit sie die Schuldenbremse auch umsetzen können. Eine Schuldenbremse zulasten der Kommunen kann nicht sein. "Den Letzten beißen die Hunde" geht mit den FREIEN WÄHLERN nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die momentane Lage ist, wie gesagt, nicht schlecht, weil die Steuereinnahmen sprudeln. Aber es wird auch wieder schlechtere Zeiten geben, und wir machen Politik nicht für die nächsten Monate, sondern für die nächsten Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte. Deswegen brauchen wir die von uns geforderten 15 % FAG-Mittel und strukturelle Verbesserungen. Damit können wir den Kommunen ein auskömmliches Leben gewährleisten.

Wir wollen Akzente setzen und werden eine ganze Reihe von Änderungs- und Ergänzungsanträgen zum Nachtragshaushalt vorlegen. Wir setzen klare Akzente. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, haben Sie dafür Verständnis, dass wir Ihren Änderungsanträgen möglicherweise nicht zustimmen werden – nicht, weil sie falsch sind, sondern weil man jeden Euro nur einmal ausgeben kann und wir gewisse Akzente setzen wollen. Wir haben uns ganz gezielt für Bereiche entschieden, die wir besonders stärken wollen.

Unsere Schwerpunkte liegen im Bereich Kommunen, im Bereich Bildung, im Bereich Regionalität, im Bereich Innere Sicherheit und Justiz und im Bereich des menschlichen Zusammenlebens. Diese Bereiche wollen wir hervorheben. Sie werden es anhand unserer Anträge konkret vor Augen haben.

Regionalität ist für uns keine Luftblase und kein bloßes Heimatministerium. Das Heimatministerium mit dem Standort in Nürnberg, Herr Staatsminister, umfasst übrigens die Stärkung des ländlichen Raumes. Ich glaube, die Quittung dafür haben Sie bei den Kommunalwahlen erhalten.

Ein weiterer Punkt sind die barrierefreien Bahnhöfe. Auch dazu muss ich beim Thema Regionalität eine sehr kritische Anmerkung machen. Sie investieren im Wesentlichen in die S-Bahnhöfe der Zentren und nicht in die der Fläche. Das ist ein Beispiel dafür, dass im Bereich Regionalität noch eine ganze Menge zu tun ist. Meine Damen und Herren, wir werden uns der Herausforderung stellen, die Frage zu beantworten, wie die von uns vorgeschlagenen Mehrausgaben finanziert werden sollen; denn die Schuldenbremse gilt für alle Fraktionen dieses Hauses.

Ich beginne mit den Einnahmen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Steuereinnahmen langfristig auf dem gegenwärtig hohen Niveau bleiben oder sogar noch weiter steigen. Voraussetzung dafür ist, dass wir ein starker Partner der bayerischen Wirtschaft bleiben. Es bedarf aber auch der Versorgungssicherheit im Bereich der Energie. Über unsinnige Kohlestromtrassen brauchen wir nicht zu diskutieren. Die Staats-

regierung verunsichert die Menschen in Bayern und stimmt im Bund zu. Als Sie jedoch merken, dass der Widerstand zu groß wird, mussten Sie kleinlaut zugestehen: Wir werden das wohl nicht machen. - Ich betone: Wir brauchen Versorgungssicherheit auf der Grundlage eines vernünftigen Energiekonzeptes ohne Atomkraft und ohne Kohlestrom.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Staatsminister hat darauf hingewiesen, dass immer mehr Menschen nach Bayern kommen. Es ist schön, dass dem so ist; aber es ist nicht gottgegeben, dass es so bleibt. Wir brauchen neben einer guten, vernünftigen Familienpolitik eine durchdachte Zuwanderungspolitik; denn allein mit den Geburten in unseren Familien werden wir es nicht schaffen, die Einwohnerzahl zu halten. Ich weiß jedenfalls nicht, ob unser Freistaat tatsächlich jedes Jahr ohne Weiteres weiter wächst. Gerade in Osteuropa wächst die Wirtschaft und steigen die Einnahmen, auch die Löhne und Gehälter. Es kann sein, dass hier gegenläufige Entwicklungen eintreten. Darauf müssen wir uns einstellen, darauf müssen wir vorbereitet sein.

Ein Teil dieser Vorbereitung besteht in einer guten Regionalpolitik. Wir müssen die Regionen stärken und dürfen nicht den Ballungsraum München, der sich immer mehr überhitzt, weiter befeuern, etwa durch eine dritte Startbahn oder ähnliche Infrastrukturanlagen. Wir müssen in die Fläche gehen, zum Beispiel mit Behörden, Hochschuleinrichtungen und besserer Verkehrsinfrastruktur. Insofern werden die Bundespolitiker im Jahr 2015 in den Beratungen über den neuen Bundesverkehrswegeplan eine wichtige Aufgabe zu schultern haben. - Herr Kollege Halbleib, es hat mich ein wenig befremdet, dass Sie gesagt haben, ohne die Steuereinnahmen Münchens wäre Bayern nur Mittelmaß.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Ich sage: Mit einer vernünftigen Regionalpolitik hätte Bayern wahrscheinlich noch mehr Steuereinnahmen. Wir stehen zu unseren Regionen und nicht nur zur Landeshauptstadt, die zufällig vom Oberbürgermeister einer bestimmten Partei regiert wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau hinhören, Herr Kollege!)

Zu den Ausgaben: Jawohl, wir werden im nächsten Doppelhaushalt andere Akzente setzen und auch Einsparungsvorschläge unterbreiten. Aktuell beraten wir über einen Nachtragshaushalt, das heißt, unsere Geschäftsgrundlage ist der Doppelhaushalt 2013/2014, an dem man nicht ohne Weiteres herumschnipseln kann.

Herr Staatsminister, auch wir fordern eine strukturelle Verbesserung bei den Ausgaben im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Aber wenn ich Sie dazu reden höre, komme ich mir so vor wie im alten Rom: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. – Jedes Jahr auf's Neue! Aber wir haben immer noch diesen Länderfinanzausgleich. Wir stimmten Ihnen zu, als es darum ging, ob Klage erhoben werden soll, und gaben Ihnen alle Möglichkeiten. Es gab von uns die Aufforderung: Verhandeln Sie! Drohen Sie! Machen Sie Druck! Egal wie – bekommen Sie es hin, dass dieser vom früheren Ministerpräsidenten Stoiber so fatal ausgehandelte Länderfinanzausgleich, mit dem uns in der Tat jedes Jahr kräftig in die Taschen gegriffen wird, durch eine richtige, seriöse, gerechte Regelung ersetzt wird. Warten Sie bitte nicht bis zum Jahr 2019. Wenn eine Neuregelung erst danach greifen soll, können wir uns hier Klagen und Debatten ersparen. Dann wäre es ehrlicher, wenn wir sagten: Wir schämen uns, dass wir so schlecht verhandelt haben, und versuchen, es im Jahr 2019 besser zu machen. – Ich hoffe nicht, dass es so weit kommt, sondern setze darauf, dass Sie vorher eine vernünftige Lösung hinbekommen, die uns finanzielle Spielräume schafft.

Risiko BayernLB: Kollege Halbleib hat es schon angesprochen. Mit der BayernLB sind nach wie vor Haushaltsrisiken verbunden. Ich glaube insoweit mehr dem Ministerpräsidenten als Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister. Sie behaupten, alles sei in Butter, es gebe kein Problem. Ministerpräsident Seehofer war vorsichtiger. Und siehe da: Es

wurde ein Quartalsverlust von einer halben Milliarde Euro verzeichnet. Wir haben Risiken bei der MKB. Die HGAA will nicht zahlen; hoffentlich kann sie noch zahlen, falls sie zur Zahlung verurteilt wird. Angesichts all dieser Risiken möchte ich zwar nicht von einer tickenden Zeitbombe sprechen, aber Wachsamkeit ist angebracht. Ich hoffe nicht, dass die BayernLB uns ein weiteres Mal den Haushalt verhagelt.

Eines noch: Sie wollen die Bank veräußern; das wollen wir nicht. Wenn die Bank aber veräußert wird, müssen wir mit offenen Karten spielen. Wir haben nicht nur 10 Milliarden Euro Stützungshilfe im Jahr 2008 geleistet; die Bank war im Jahr 2007 noch 8 Milliarden Euro wert. Das heißt also, bei einem Verkauf müssen Sie, um ohne Verlust herauszukommen, – das sage ich hier in aller Deutlichkeit – 18 Milliarden Euro abzüglich der zwischenzeitlich getilgten Kredite erzielen. Ansonsten bliebe es bei der Einschätzung: Die BayernLB ist ein Milliardengrab.

Nächster Punkt: Investitionen. Mit der Entscheidung über den Haushalt treffen wir auch eine Entscheidung über Investitionen in die Zukunft. Diese sind notwendig, damit wir auch künftig sagen können: Jawohl, es geht uns Bayern besser als allen anderen Menschen in Deutschland. Kollege Halbleib, das können wir durchaus selbstbewusst sagen. Ich habe auch kein Problem damit, zuzugestehen, dass alle Fraktionen im Bayerischen Landtag ihren Anteil daran haben.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Anteil haben aber auch die Menschen draußen, die Unternehmen, die Gewerkschaften – alle, die an diesem Bayern mitarbeiten. Dazu können wir gemeinsam selbstbewusst stehen. Es bedarf keines Halbsatzes nach dem Motto, das sei Geschichtsklitterung.

Wir müssen auf Risiken aufmerksam machen, können aber grundsätzlich feststellen: Dieser Wagen fährt momentan gut und in die richtige Richtung. Wir müssen aber aufpassen, dass er nicht irgendwann entgleist. Um das zu verhindern, müssen wir die richtigen Akzente für Investitionen in die Zukunft setzen. Was heißt das?

Erstens, Investitionen in die Jugend: Der Bildungsbereich ist weiter zu stärken; dazu gehört auch die frühkindliche Bildung. Wir brauchen besser ausgestattete Hochschulen und mehr Lehrer statt Stellenstreichungen. Das stellen sich die FREIEN WÄHLER unter Investitionen in die Jugend vor.

Zweitens, Investitionen in unser Land: Bayern ist mehr als München und Oberbayern. Alle Landesteile haben herausragendes Potenzial, das wir noch besser heben müssen. Insoweit gibt es noch Reserven.

Drittens, Investitionen in das Engagement vor Ort: Stärkere Kommunen, bessere Wertschätzung des Ehrenamts, passgenaue Lösungen für die Menschen vor Ort, Stärkung von Netzwerken – das ist die Politik der FREIEN WÄHLER.

Viertens, Investitionen in die innere Sicherheit: Wir müssen schauen, dass wir die Wunden, die das Spardiktat Stoibers bei der Polizei geschlagen hat, heilen und damit einen entscheidenden Standortvorteil Bayerns sichern, der im Bereich der inneren Sicherheit, aber auch der Justiz besteht.

Fünftens, Investitionen in Menschlichkeit: Ich spreche von den Senioren und davon, dass man für sie noch bessere Angebote schaffen muss. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist die Herstellung von Barrierefreiheit. Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt, Barrierefreiheit solle bis 2023 flächendeckend hergestellt werden. Wir unterstützen dieses Anliegen. Um es zu verwirklichen, müssen wir aber gemeinsam dafür sorgen, dass die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Wir müssen uns also trauen, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Wenn es darum geht, haben Sie die FREIEN WÄHLER auf Ihrer Seite. Meine Damen und Herren, in Bayern läuft manches richtig, aber es kann, es muss noch besser laufen. Das muss unser Anspruch sein. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Daher müssen wir gemeinsam für noch bessere Lösungen kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib
(SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben sogar noch ein Glas Wasser vom Kollegen Halbleib gereicht bekommen. Bitte, wenn Sie es jetzt noch mitnehmen wollen. - Jetzt hat Claudia Stamm für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Das Wasser nehme ich dann gleich in Anspruch. Vielen Dank, sehr geehrter Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wahrheit und Transparenz sollten die Grundpfeiler jeder Haushaltspolitik sein, und sie sind die Leitlinien grüner Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern wachsen die Berge der versteckten Verschuldung. Wir wollen das anders machen. Wir sorgen vor – für die Beamten mit dem Versorgungsfonds, für die Straßen mit Unterhalt statt mit Neubau und ehrlichen Ansätzen im Bauunterhalt. Haushaltspolitik muss klare Prioritäten setzen und zu deren Gunsten umschichten und auch mal etwas streichen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Unser Haushalt, ein grüner Haushalt, ist nachhaltig und gerecht. Das heißt, wir setzen zum Beispiel auf die Bildung – und das auch zulasten des Landeserziehungsgeldes. Das schichten wir um. Ehrlichkeit, klare Prioritäten setzen zu deren Gunsten, eben umschichten – das ist unser Haushalt.

Bei Ihnen herrscht dagegen Fehlanzeige. Bei Ihnen, sehr geehrte Staatsregierung, verkommt auch die Haushaltspolitik immer mehr zur Show, und es gibt eine Showeinlage nach der anderen. Nehmen wir die Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer - jetzt ist er nicht mehr da - vom November. Ich glaube, wir hatten die Debat-

te verschoben, weil er gerne dabei sein wollte. Aber gut. Damals hieß es in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ganz groß: "Inklusion". Die große Offensive zur Inklusion ist hier in diesem Hohen Haus angekündigt und versprochen worden. In diesem Nachtragshaushalt ist kein Cent davon zu finden. Gleichzeitig aber schlummern 373 Millionen Euro Haushaltsreste, die unter anderem für den Ausbau barrierefreier Bahnhöfe vorgesehen sind. Machen Sie endlich etwas mit diesem Geld! Das würde uns und die behinderten Menschen in Bayern schon um einiges weiterbringen. Bitte schön, machen Sie etwas damit!

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Weiterhin hieß es in der Regierungserklärung, es gebe einen Personalstopp und ab jetzt herrsche Ausgabendisziplin. Reine Makulatur! Mit diesem Nachtragshaushalt ist von der Staatsregierung das pure Gegenteil vorgelegt worden. Zum Vergleich: In anderen Westbundesländern steigt der Haushalt im Schnitt in fünf Jahren um 14 %. Bei uns in Bayern sind es mit diesem Nachtragshaushalt 31 Prozentpunkte.

Angesichts dieser Zahlen fragt man sich: Was sind Seehofers Regierungserklärungen dann eigentlich noch wert? Wir sind es ja gewohnt, dass Aussagen des Ministerpräsidenten sich sehr schnell ändern. Aber hier spreche ich von einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, also von der Rede, in der er uns seine Ziele für diese neue Legislaturperiode erklärt hat. Es war die erste Regierungserklärung, die er nach der Landtagswahl in diesem Hohen Haus gegeben hat. Aber solide Haushaltspolitik - Fehlanzeige!

Dass das Metier Markus Söders hauptsächlich die Inszenierung ist, ist offensichtlich. Die Homepage des Finanzministeriums hat sich zu einer Söder-Bildergalerie gewandelt: Söder mit einem Riesenschlüssel hier, Söder mit einem Bauhelm da. Wenn er damit nur sein Geltungsbedürfnis ausleben würde – okay. Aber wenn das dann solche Formen annimmt wie kurz vor der Wahl, und zwar egal ob Landes- oder Kommunal-

wahl, dann tritt der Finanzminister hier das Recht des Hohen Hauses, nämlich unser Budgetrecht, mit Füßen.

Um es klar und deutlich zu sagen: Auch ich will, dass die Festung Marienberg in Würzburg renoviert wird und dieses einmalige, wirklich sehr wichtige Denkmal nicht verkommt. Aber wenn einmal vor der Landtagswahl, dann noch einmal kurz vor der Kommunalwahl verkündet wird - und jetzt hat der Ministerpräsident das noch einmal verkündet -, dass die Festung mit 100 Millionen Euro renoviert wird, frage ich mich: Sind das jetzt 100 oder 300 Millionen Euro, nachdem es dreimal verkündet wurde?

(Zuruf von der CSU)

- Das habe ich leider nicht verstanden, aber das macht auch nichts. – Das Haushaltsrecht ist nun einmal das Königsrecht dieses Parlaments, und dieses Verkünden von Geldern hat nichts mit seriöser Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht Ihr Privatgeld, Herr Dr. Söder. Wir, das Parlament, müssen es bewilligen, wenn irgendwo das Geld der Steuerzahler ausgegeben werden soll.

Das gleiche Spiel gab es in Nürnberg. Abgesehen von allen vollzogenen Taten, darunter auch die unsinnige Verlagerung von Teilen der Lottoverwaltung, und damit abgesehen von dem Versuch, für Nürnberg und die örtlichen Kandidaten, also auch für sich selbst, zu punkten, gab es ganz kurz vor der Kommunalwahl noch einmal eines oben drauf: 10 Millionen Euro für das Jugendstil-Schwimmbad in Nürnberg. Die gibt es, wenn der Oberbürgermeister Brehm heißt und von der CSU ist – und eventuell sogar dann, wenn Dr. Maly bleibt, aber bei Maly nur, wenn er auch schön artig ist. So stand es zumindest in der dpa-Meldung. - Herr Dr. Söder, was ist das für ein Politikverständnis? Geld zu versprechen, das Ihnen nicht gehört?

(Zuruf des Staatsministers Dr. Markus Söder – Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das ist natürlich das Leichteste: Jetzt hat die dpa das wieder falsch gemeldet. Aber es kam keine Berichtigung.

Geld zu versprechen, das Ihnen nicht gehört, über das Sie nach einfachsten Politikregeln, nämlich die der Gewaltenteilung, gar nicht verfügen dürfen, und das dann auch noch vier Tage vor der Kommunalwahl mit dem örtlichen CSU-Kandidaten auf einer Pressekonferenz zu vermischen - die Quittung dafür haben Sie vor Ort bekommen.

Die einzige Priorität, die Sie setzen, liegt in Ihrer Selbstdarstellung. Das wird besonders deutlich, wenn man sich anschaut, wie viele Jahre der Neubau des Finanzamtes München von der Staatsregierung verschleppt wurde. Mit allen möglichen Tricks wurde hier gearbeitet: Die Anmietung in München sei billiger, hieß es da zum Beispiel. Dass ich nicht lache! Einen Tipp gebe ich Ihnen da: Lassen wir die Bewertungsstelle des Finanzamtes München in München und versetzen Sie sie nicht nach Höchstädt an der Donau! Das ist zum einen sicherlich billiger – die 18 Millionen Euro, die der Neubau dort kosten soll, kann man sich sparen -, und zum anderen – da bin ich mir sicher - hätten Ihnen die Beamtinnen und Beamten der Bewertungsstelle gleich etwas über die Preise und den Markt in München sagen können. Da hätte man nicht erst zwei Wirtschaftlichkeitsberechnungen gebraucht, die Ihnen sagen, dass das Anmieten in München auf Dauer nicht billiger ist.

Doch statt eigene Immobilien zu nutzen, mietet man jetzt auch in anderen Städten an. Die neue prestigeträchtige Außenstelle des neu geschaffenen Heimatministeriums in Nürnberg wurde dagegen in ein paar Wochen ohne Genehmigung des Haushaltsausschusses realisiert. Da geht's auf einmal ganz schnell.

Offensichtlich fehlt der Staatsregierung einfach der politische Wille, die Finanzverwaltung von unten zu stärken, statt lediglich oben zu repräsentieren. Und das ist nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein inhaltliches Armutszeugnis. Ein Blick in den Nachtragshaushalt zeigt uns, wie viel dieser Part der Söder-Show den Steuerzahler mal wieder kostet: 3 Millionen Euro Reisekosten, Sicherheitsumrüstung usw., und die

Miete für das Gebäude ist noch nicht einmal dabei. Die kommt noch oben drauf mit dann 80.000 Euro pro Monat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Als ich letztens einem CSU-Mitglied davon erzählt habe, wie viel die Filiale des Heimatministeriums in Nürnberg allein an Miete kostet, hat er mich ganz ernsthaft und ganz erstaunt gefragt, ob so eine Entscheidung nicht vorher in den Haushaltsausschuss müsse. Ich finde, diese Frage ist mehr als berechtigt. Laut Gesetz muss zwar ein Ankauf erst ab 2 Millionen Euro vom Ausschuss genehmigt werden; es ist aber absehbar, wann diese Anmietung 2 Millionen Euro kosten wird.

Apropos Finanzverwaltung von unten stärken: Einen vergleichbaren Druck wie bei den Lehrerstellen können die Beamtinnen und Beamten der Steuerverwaltung natürlich nicht aufbauen, selbst in Zeiten von Hoeneß nicht; denn mit ihrem Beruf verbindet man vordergründig erst einmal nicht so etwas Positives wie weniger Freistunden in der Schule, kleinere Klassen, letztlich die Hoffnung, dass unsere Kinder weniger Druck in der und durch die Schule verspüren. Aber mehr Menschen in der Steuerverwaltung bringen uns mehr Geld. So schlicht ist das. Auf geht's, liebe CSU! Zumindest das Versprechen sollen Sie einhalten – mehr fordern wir für diesen Nachtragshaushalt nicht -, dass die Stellen, die durch den Wegfall der Kfz-Bearbeitung frei werden, der Steuerverwaltung zugutekommen. Bayern will doch immer Spitze sein und in allem den ersten Platz einnehmen. Bitte schön, tun Sie es und stimmen Sie unseren Anträgen zu. Diese sind realistisch, kosten nichts, sondern bringen Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz nebenbei – wir haben da noch ein erfreuliches Nebenprodukt: Mehr Prüfung, mehr Fahndungen bedeuten größere Steuergerechtigkeit. Das ist Ihnen wohl ganz aus dem Blick gerutscht: Man spart bei der Steuerverwaltung bewusst Personal. Das geschieht wohl mit Absicht. Anders kann ich das nicht sagen. Schon meine Vorgängerin Emma Kellner hat das immer und immer wieder angesprochen: Bayern hat

viel zu wenige Kräfte in der Steuerverwaltung. Nicht nur meine Parteikollegin Emma Kellner hat das angemahnt, sondern auch der Bayerische Oberste Rechnungshof. Dieses unrühmliche Thema, nämlich der abgeschlagene letzte Platz, den Bayern in der Steuerverwaltung einnimmt, ist immer wieder ein eigenes Kapitel wert. 20 % Fehlbestand in der Steuerverwaltung. Tun Sie etwas dagegen, und schaffen Sie Stellen in der Steuerverwaltung!

Denn was soll der Bürger oder die Bürgerin sagen, deren Steuern als Arbeitnehmer einfach abgezogen werden, und zwar Monat für Monat? Ein Kleinbetrieb hingegen kann in Bayern damit rechnen, dass er nur alle 47 Jahre geprüft wird. Das sind die neuesten Zahlen. Die Werte haben sich nochmals verschlechtert, und zwar von vorher alle 41 Jahre auf nunmehr alle 47 Jahre. Die Unterbesetzung in der Steuerverwaltung sei Absicht, damit locke man Betriebe und reiche Menschen nach Bayern. Dieses Zitat wird immer wieder dem früheren Finanzminister Professor Falthäuser zugeschrieben. Ich weiß, dass das nicht stimmt, aber ein CSU-Politiker ohne Amt in der Staatsregierung hat das gesagt. Wir wollen aber Steuergerechtigkeit. Was für den Arbeitnehmer gilt, muss für den Betrieb gelten. Wir wollen vor allem solide Einnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen diese Einnahmen. Wir brauchen die Einnahmen für unsere Kinder, für eine gute Schule und für eine gute Infrastruktur, die die Menschen in Bayern, egal wo, endlich mit einem schnelleren Netz versorgt. Wir brauchen die Einnahmen für mehr Klimaschutz, und wir brauchen diese Einnahmen, um die vollmundigen Ankündigungen in Sachen Inklusion, also Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung, endlich auch mit Geld zu unterfüttern.

Durch die Mangelbesetzung in der Steuerverwaltung gehen uns jährlich dreistellige Millionenbeträge verloren. Wir wollen das nicht. Apropos: Wir können heilfroh sein, dass in Berlin niemand wirklich auf den bayerischen Finanzminister hört; denn wenn er sich mit seinen Ideen durchgesetzt hätte, wäre uns das richtig heftig an die Einnah-

men gegangen. Abschaffung der Erbschaftsteuer – das wollte Herr Söder. Schauen wir uns den Nachtragshaushalt an. In diesem Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 gab es 150 Millionen Euro mehr an Erbschaftsteuer. Das sind 10 % mehr in diesem Bereich. Stellen wir uns einmal vor, dass es diese 150 Millionen Euro nicht gegeben hätte, dann würde sich der Finanzierungssaldo, also die Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben, um weitere 150 Millionen Euro auf 900 Millionen Euro erhöhen.

Anders ausgedrückt: Die Steuern sprudeln, die Einnahmen steigen nochmals, und die angeblich so finanzkompetente CSU kommt mit dem Geld nicht aus. Eine seriöse und nachhaltige Haushaltspolitik geht anders. Nachhaltige Haushaltspolitik braucht vor allem zwei Dinge: genügend Vorsorge und solide Einnahmen. Da können wir gemeinsam wirklich froh sein, dass sich Finanzminister Söder in Berlin auch sonst nicht weiter durchgesetzt hat. Es gibt also, anders als vor der Wahl angekündigt, keine Regionalisierung der Einkommensteuer, die Bayern senken will und senken würde. Wenn sich Herr Dr. Söder durchgesetzt hätte, dann wären Ende 2015 trotz der sprudelnden Steuereinnahmen die Rücklagen vollends aufgebraucht. Apropos Rücklagen: Es ist schon ein besonders interessantes Wording, um es mal nett auszudrücken, dass man davon spricht, dass die Rücklagen aufgestockt wurden, wenn sie im Jahr 2012, bevor dieser Doppelhaushalt angefangen hat, 4 Milliarden Euro betragen haben, während sie jetzt laut den Aussagen des Finanzministers nur noch bei 3 Milliarden Euro liegen. Gleichzeitig spricht er immer von einer Aufstockung. Wenn ich in einer Mathestunde wäre, würde ich fragen, was tatsächlich mehr oder weniger ist. Herr Dr. Söder scheint es in diesem Fall nicht ganz klar zu sein. Er spricht von einer Aufstockung der Rücklagen, obwohl sie tatsächlich von 4 Milliarden Euro auf 3 Milliarden Euro schrumpfen. Vielleicht sollten beide Doctores in der Staatsregierung – Herr Dr. Söder und Herr Dr. Spaenle – mal in die Mathestunde gehen. 3 Milliarden Euro sind weniger als 4 Milliarden – ganz einfach und schlicht festgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Spaenle weiß nicht, wie das mit den Lehrerstellen war und genau ist. Auch da halte ich ganz klar und schlicht fest: Stellen mit einem kw-Vermerk, also mit dem Vermerk, dass sie zu einem bestimmten Datum wegfallen, sind keine neuen Stellen, sondern Stellen, die nicht wegfallen, wenn der kw-Vermerk gestrichen wird, wie es zum Glück jetzt für diesen Nachtragshaushalt passiert. Lassen Sie uns nochmal klar und deutlich feststellen: Dass diese Stellen wegfallen, stand schon im Doppelhaushalt. Das haben Sie – ich spreche diejenigen an, die noch da sind – von der CSU im Herbst 2012 hier beschlossen. Mein Kollege Thomas Gehring und ich haben schon damals dagegen gearbeitet und darauf hingewiesen, dass Sie sich damit nicht an den Koalitionsvertrag mit der FDP halten. Im Jahr 2013 waren Wahlen. Da rechnete man wohl schon nicht mehr mit der FDP.

Stichwort Wahlen: Wenn jetzt keine Kommunalwahlen gewesen wären, dann wäre der Doppelhaushalt auch in diesem Punkt durchgezogen worden und man hätte den kw-Vermerk eben nicht gestrichen, sprich die Lehrerstellen wären eingezogen worden. Also können wir Eltern nur froh sein, dass es nach den Wahlen gleich nochmal Wahlen gab und der Druck entsprechend aufgebaut werden konnte.

Ich habe schon ein paarmal, auch in den Debatten vorher, angesprochen, das Königsrecht des Parlaments ist das Haushaltsrecht, das Budgetrecht. Dass der Haushalt aber das Königsrecht des Parlaments ist, hat diese Staatsregierung noch nicht ansatzweise erkannt. Ehrlich gesagt: Es gehören aber immer zwei dazu, also auch diejenigen, denen das Recht genommen wird, sprich das Parlament. In diesem Fall ist das mehrheitlich die CSU-Fraktion. Wenn ein Finanzminister draußen herumrennt und hier 10 Millionen verspricht und dort 100 Millionen verspricht, um billig Wahlkampf zu betreiben, aber niemand von der Mehrheitsfraktion ihm Einhalt gebietet, dann lässt man sich das Königsrecht nehmen.

Zum Königsrecht: Es gibt einen Posten im Einzelplan 13, also einen Teil des Budgets, das der Finanzminister verwaltet. Da steht auch in diesem Nachtragshaushalt wieder ein sogenanntes Spielgeld drin, mit dem die CSU-Fraktion besondere Maßnahmen

fördern oder bezahlen kann. Ich bin sehr gespannt, was Sie diesmal damit machen. Im Doppelhaushalt haben Sie die unsägliche Kürzung der Behindertenhilfe etwas abgemildert, sprich: für das Jahr 2013 zurückgenommen, aber für das Jahr 2014 nicht. Man sollte sich das einmal vor Augen halten: Ein Haushalt beträgt knapp 47 Milliarden Euro. Beim ersten Entwurf des geltenden Haushalts war das so. Inzwischen sind wir bei 50 Milliarden. Was macht die Staatsregierung – damals die Sozialministerin Haderthauer? Sie kürzt ausgerechnet bei der Behindertenhilfe. Und obwohl in der letzten Minute vonseiten der Staatsregierung noch einmal ganz viel Geld per Nachschublisten in den Haushalt gestellt worden ist, reicht es immer noch nicht. Die Kürzung der Behindertenhilfe ist immer noch nicht zurückgenommen worden, sondern das musste die Regierungsfraktion mit dem sogenannten Spielgeld machen. Das ist ein Armutszeugnis, und es ist wirklich unglaublich, dass es nicht möglich ist, mit einem Volumen von 14 Milliarden Euro eine Kürzung von 2 Milliarden Euro bei der Behindertenhilfe zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

30 Millionen Euro Spielgeld versus ein Volumen von fast 50 Milliarden Euro. Anders ausgedrückt, liebe CSU-Fraktion: Sie geben sich mit 30 Millionen zufrieden, obwohl es Ihr Königsrecht erlauben würde, obwohl es Ihr Gestaltungsspielraum wäre, über fast 50 Milliarden Euro zu verfügen. Machen Sie von diesem Recht Gebrauch, und machen Sie mit uns den Haushalt endlich nachhaltiger und auch etwas generationengerechter! Lassen Sie die Spielchen der Minister nicht zu, bei denen es offenkundig und vornehmlich darum geht, wer Seehofer beerben kann und wird. Keine Profilierung, keine Show mit Steuergeldern zulasten des Haushaltes! Wir als Haushälterinnen und Haushälter, wir als Parlament sind dazu aufgerufen, sparsam mit den Ressourcen umzugehen, die wir aus den Steuergeldern haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Show und nochmals Show – es ist heute auch schon vom Herrn Kollegen Pohl angesprochen worden. Wie sieht es denn mit der Schuldentilgung aus? - Bis zum Jahr 2030 ist Bayern schuldenfrei, ist einst vom Herrn Ministerpräsidenten als Slogan ausgegeben worden. Es ist immer noch ein dünner, ein ganz dünner Slogan, ohne Unterfütterung, ohne Tilgungsplan. Alles Fehlanzeige.

Schuldenfrei, die Tilgung von 20 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 – war da noch etwas? - Ach, die Schulden von der Landesbank hat man tatsächlich vergessen, wenn man von der Schuldenfreiheit redet. Wie kann das eigentlich passieren, wenn der Herr Ministerpräsident – Herr Kollege Halbleib hat es auch schon angesprochen – wieder vor neuen Risiken warnt, die durch die Landesbank entstehen könnten? - Statt der geplanten Rückzahlung an die Staatskasse muss eventuell wieder Geld für die Landesbank aus dem Haushalt fließen. Mit dem Nachtragshaushalt kommt auf jeden Fall nicht wie geplant das Geld, und das im zweiten Jahr nach dem Beschluss der EU-Kommission.

Schuldenfrei bis 2030 will man sein, und was macht man? - Dieses Jahr werden 500 Millionen Euro an Schulden getilgt, doch gleichzeitig nimmt man über 750 Millionen Euro aus der Rücklage, um die Lücke zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu schließen. Wie bitte? – Also nochmal: Auf der einen Seite lasse ich mich feiern und mache daraus eine Show, dass ich 500 Millionen Euro an Schulden tilge, auf der anderen Seite nehme ich 750 Millionen Euro aus der Rücklage, um die Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben zu schließen. Solide und nachhaltige Haushaltspolitik sieht anders aus. Unser aller Ziel muss es sein, dass Ausgaben und Einnahmen deckungsgleich sind, gerade in diesen wirtschaftlich florierenden Zeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Haushalt wird zum ersten Mal der neue Zuschnitt der Ministerien abgebildet. Dabei gibt es einiges sehr Bedenkliches zu entdecken. Bei der Haushaltsaufstellung wird innerhalb der Staatsregierung lange zwischen den Ministerien verhandelt.

Der Finanzminister sollte dabei kontrollieren, als Wächter des Geldes fungieren und die Rolle des Kassenwarts haben, der das Geld zusammenhält und für eine sparsame Haushaltsführung sorgt. Doch was passiert hier? Der Heimatminister Söder will vom Finanzminister Söder Geld, und zwar recht viel. Es geht immerhin um die wichtige Aufgabe, endlich für gleichwertige Verhältnisse in Bayern zu sorgen, endlich den Breitbandausbau voranzutreiben. Auch wir wollen den Breitbandausbau vorantreiben und haben ihn schon lange gefordert. Es geht nicht, dass der Heimatminister mit dem Finanzminister verhandelt und dass sich, wenn sich die beiden geeinigt haben, der Bezirkschef Söder freut.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die neue Ressortverteilung der Staatsregierung unterläuft das Prinzip, dass der Finanzminister der Wächter des Geldes ist. Neben der Schlösserverwaltung und der Vermessungsverwaltung, die ohnehin schon dem Finanzministerium zugeordnet sind, kommen jetzt noch die Landesentwicklung mit dem Breitbandausbau und die regionale Wirtschaftsförderung dazu. Anreize zur sparsamen Haushaltsführung sind damit obsolet.

Wie sieht es eigentlich mit den unvorhergesehenen Ausgaben im Haushaltsvollzug aus? - Auch diese kann sich der Herr Heimatminister Söder vom Herrn Finanzminister Söder genehmigen lassen. Diese bedenkliche Entwicklung sollte durch eine verstärkte Kontrolle durch das Parlament ausgeglichen werden. Dabei setze ich auf das Prinzip Hoffnung. Ich hoffe, dass der Haushaltsausschuss seine Aufgabe ernst nimmt und im Ausschuss nicht zu viel von Vertrauen spricht, sondern seine Kontrollaufgabe ernst nimmt. Wenn man die einzelnen Haushalte der Ministerien durchforstet, findet man weiteres recht Fragwürdiges. Das Wirtschaftsministerium ist ja inzwischen, wie in den Medien viel beschrieben wurde, kein Superministerium mehr, sondern es wurde im Gegenteil ausgehöhlt. Wichtige Aufgaben wurden ihm genommen: Die Infrastruktur mit der Zuständigkeit für Straßen wurde ins Innenministerium verlagert, die Landesent-

wicklung und die regionale Wirtschaftsförderung wurden in das Finanzministerium verlagert.

Doch was passiert im Wirtschaftsministerium? - Es leistet sich jetzt, nachdem wichtige Bereiche anderen zugeordnet wurden, zwei Amtschefs. Offiziell heißt einer Amtschef, der andere darf sich nur Ministerialdirektor nennen. Doch worauf es ankommt, ist die Besoldung, und beide werden nach B 9 bezahlt. Der eine hat sieben Abteilungen unter sich, der andere nur drei. Von den drei Abteilungen befasst sich eine mit Energiepolitik, die andere mit erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien haben offensichtlich nichts mit Energiepolitik zu tun. Was soll das? Das ist Geldverschwendung. Da könnten Sie sparen. Tun Sie es auch endlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Steuern sprudeln, die Einnahmeseite sieht gut aus, das Volumen des Haushalts wächst und wächst. Aber der Haushalt ist weder nachhaltig, da nichts für die Vorsorge, nicht genug für den Gebäudeunterhalt und vor allem nicht genug für die wichtigen Felder wie Klimaschutz getan wird, noch ist der Haushalt gerecht; ich nenne die Stichworte Behindertenhilfe und Investitionen für alte Menschen. Auch hier sieht der Nachtragshaushalt nichts vor.

Herr Finanzminister, noch ein Wort zum Länderfinanzausgleich. Das klang heute schon wieder recht anders. Hier standen Sie, haben gesagt, wir klagen und sind stolz darauf. In der Zeitung war die Rede davon, dass wir alle zusammen daran arbeiten sollen, dass sich der Länderfinanzausgleich ändert. Sehr gerne! Wir haben hier jedes Mal betont: Auch wir wollen, dass der Länderfinanzausgleich geändert wird. Man kann sich vielleicht darüber streiten, wer das hier zuerst gefordert hat, die SPD oder die GRÜNEN mit einem Gutachten. Aber das lasse ich jetzt. Wir alle können an einem Strang ziehen. Aber dann müssen Sie erstens die Klage zurückziehen, weil man so nicht mit anderen Bundesländern verhandelt. Man verhandelt auf Augenhöhe. Wenn Sie zweitens Ideen und Forderungen haben, dann bitte schön auf dem Boden des

Grundgesetzes. Eine Maximalforderung von einer Zahlung, die Sie immer wieder hier einbringen, ist keineswegs mit dem Grundgesetz vereinbar. Wir haben heute von Ihnen gehört, die Ratingagentur Moody's ist uns wichtig. Da kann ich nur sagen: Uns sind die Menschen und die Bürger wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich habe eine Bitte für die anstehenden Beratungen im Ausschuss: Verschonen Sie mich und andere Ausschusskollegen, denen an realen Zahlen gelegen ist, mit Ihrer Mär vom ausgeglichenen Haushalt. Mit einem Finanzierungssaldo, der in Zeiten sprudelnder Steuern sogar noch zunimmt, ist kein Haushalt ausgeglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns im Ausschuss ordentliche und realistische Arbeit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Peter Winter. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayern steht in Deutschland für solide und wegweisende Finanzpolitik, auch wenn die Opposition das vehement bestreitet, manchmal sogar mit obskuren Zahlenwerken – das ist eben so. Wir verdanken das vor allem unseren Steuerzahlern hier in Bayern. Deshalb möchte ich den Steuerzahlern in Bayern dafür danken, dass das so ist.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir waren im Jahr 2006 Vorreiter mit unserem Haushalt ohne neue Schulden. Wir waren im Jahr 2012 – ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören – Vorreiter mit unserem Einstieg in den vollständigen Schuldenabbau. Unser Verschuldungsverbot in der

Bayerischen Haushaltsordnung war im Übrigen das Vorbild für die Schuldenbremse im Grundgesetz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwischenzeitlich haben Sie 10 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen!)

Im September 2013 haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger der Verankerung der Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung mit großer Mehrheit zugestimmt. 88,6 %, das sind über 4,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger sagen Ja zum Haushalt ohne neue Schulden. Das zeigt, dass unser Weg das Vertrauen und den Zuspruch der bayerischen Bevölkerung genießt. Wenn wir aus den Rücklagen, die derzeit bei 3 Milliarden Euro liegen, z. B. für den Hochwasserschutz etwas entnehmen – es handelt sich dabei um Anträge, die auch im Haushaltsausschuss behandelt wurden -, dann haben wir das dort vorausschauend vorher angespart. Wenn ich einen Betrag von meinem Sparguth nehmen, verschulde ich mich nicht, sondern ich investiere in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern stimmen auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Eindrucksvoll belegen die aktuellen Wirtschaftsdaten das erfolgreiche Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Beim mittelfristigen Wirtschaftswachstum von 2008 bis 2012 ist Bayern bundesweiter Spitzenreiter. Das kommt nicht von allein. In Bayern ist das Bruttoinlandsprodukt trotz der weltweiten Einbrüche in den Jahren 2008 und 2009 um 6 % gestiegen.

Die guten Wirtschaftsdaten spiegeln sich auch in den aktuellen Arbeitsmarktzahlen wider. Der bayerische Arbeitsmarkt ist in Bestform. Bayern hatte im Jahresdurchschnitt 2013 mit 3,8 % die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Auch bei der Erwerbstätigenquote stand Bayern mit 76,2 % mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer. In vielen Landesteilen herrscht Vollbeschäftigung. Bayern ist nicht nur Gründerland Nummer eins, sondern auch bei den Innovationen Spitze. Die Patent-

anmeldungen sind zwischen 2008 und 2012 um 6 % gestiegen. Die bayerische Wirtschaft ist stark, und die bayerischen Finanzen sind solide. Aktive Wirtschaftspolitik und solide Finanzpolitik sind die Grundlage unserer erfolgreichen Politik für die Menschen in Bayern.

Unser politisches Handeln folgt nicht kurzfristigen Rezepten, sondern einem langfristigen Plan. Von Abraham Lincoln stammt der Satz. "Wer im Leben kein Ziel hat, verläuft sich." Wir haben das langfristige Ziel, unseren Staatshaushalt von seiner Schuldenlast zu befreien, und wir haben einen Fahrplan dorthin. Wir wollen und werden bis zum Jahr 2030 als erstes Land in Deutschland unsere Schulden vollständig abbauen. Wir wollen unsere Kinder und Enkel von der heutigen Schuldenlast befreien. Wir werden in diesem Jahr wie geplant weitere 540 Millionen Euro von unseren Schulden zurückzahlen. Insgesamt liegen die Schulden seit 2012 bereits um 2,54 Milliarden Euro niedriger. Allein dadurch werden Bayern bis 2030 insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro an Schuldzinsen erspart. Langfristige Schuldentilgung statt kurzfristige Ausgabenstrohfeuer! - Zu Ausgabenstrohfeuern fühlen sich oft in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen der Opposition berufen. Es fällt sehr leicht, mehr Geld für das politische Schaufenster oder, um mit den Worten von Frau Stamm zu sprechen, für eine Show zu fordern,

(Volkmar Halbleib (SPD): Für das Schaufenster ist der Finanzminister zuständig, nicht wir!)

wenn man sich keine Gedanken über die Finanzierung macht beziehungsweise machen muss.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Ich sage es Ihnen noch. – Lieber Herr Kollege Halbleib, Sie zünden Nebelkerzen und werfen der Staatsregierung den Aufbau einer versteckten Verschuldung vor. Offenbar fällt Ihnen leider nichts Besseres ein. Zu der Wahrheit, die Sie angesprochen haben - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Oberste Rechnungshof sagt das Gleiche!)

- Wissen Sie, wenn Sie von Ankäufen von CDs sprechen und wer weiß welche Geschichten darum stricken, erwidere ich Ihnen: Bayern hat den Ankauf von CDs mit 1,7 Millionen Euro unterstützt. Wenn Sie von der Steuerkraft Münchens sprechen, übersehen Sie ungewollt oder gewollt, dass zum Beispiel das Finanzamt München-Zentral 10,57 Milliarden Euro an Versicherungssteuer für die gesamte Bundesrepublik einnimmt. Auch das sollte man um der Wahrheit willen hinzufügen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Wir haben nicht nur für die Festung Marienberg, sondern auch für das Schloss Aschaffenburg Baufreigaben für die Baumaßnahmen auf den Weg gebracht. Wir werden diese auch umsetzen. Das muss doch letztlich auch in Ihrer aller Sinn sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, so schnell wie möglich!)

Ich habe noch ein Problem, Herr Kollege Halbleib. In einer Pressekonferenz antworten Sie als verantwortlicher Finanzpolitiker der SPD auf die Frage, dass es nicht Ihre Aufgabe sei, Deckungsvorschläge zu machen. Das ist schwach. Das muss ich Ihnen so sagen.

(Widerspruch bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe immer Deckungsvorschläge gemacht!)

Wir werden uns im Haushaltsausschuss darüber unterhalten, wo Sie meinen, dass bei der Feuerwehr gekürzt wurde. Ich sehe das jedenfalls nicht. Ich sehe, dass die Feuerchutzsteuer zurückgeht. Wo Sie meinen, dass Kürzungen gemacht wurden, das müssen Sie uns noch sagen. Darauf werden wir zurückkommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fünf Millionen Euro sind gekürzt worden!)

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn wir all Ihren Anträgen zugestimmt hätten, die Sie im Laufe der Jahre im Haushaltsausschuss gestellt haben, hätte Bayern nicht nur eine

versteckte Verschuldung. So belaufen sich alleine die Mehrforderungen der SPD zum Haushalt seit dem Beginn der Aufzeichnungen hierüber im Jahr 1979 auf rund 33,5 Milliarden Euro zusätzlich, ohne Zinsen und Zinseszinsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Blöder geht es nicht mehr!)

- Ich weiß ja, dass das wehtut, aber das müssen Sie sich anhören. Das ist die Wahrheit. Dazu gibt es den Gegenpart in Nordrhein-Westfalen. Daran erkennen wir, wie es in Bayern aussehen würde, wenn Sie hier etwas zu sagen hätten.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit habe ich mich nur auf die SPD-Anträge zu den Haushaltsberatungen bezogen. Gestern haben wir im Haushaltsausschuss über einen Antrag von Ihnen beraten. Aufgrund dessen schätze ich, Sie wollen für die Kommunen rund 1,2 Milliarden Euro aufwenden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gut investiertes Geld!)

Woher nehmen Sie dieses Geld denn? Ich verstehe nicht, dass Sie ein Drama um den Haushalt machen und ihn schlechtreden, aber ungehemmt Geld fordern, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll. Sie nennen Ihren Antrag: "Kommunen stärken! Bayern stärken! Zukunft sichern!" Sie aber würden mit der Finanzpolitik, die Sie an den Tag legen, nach meiner Auffassung den Freistaat schwächen. Zur angeblich nachhaltigen Finanzpolitik der SPD muss ich feststellen: Per Saldo hätte Bayern eine um über 30 Milliarden höhere Verschuldung, wenn wir allen Anträgen der SPD zugestimmt hätten. Dann wäre unser Staatshaushalt jetzt mit Zinsausgaben von jährlich rund einer Milliarde Euro zusätzlich belastet. Diese SPD-Milliarde haben wir Bayern erspart. Das ist nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik, lieber Herr Kollege Halbleib, und nicht das Schwadronieren von einer nicht messbaren versteckten Verschuldung.

Die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER stehen Ihnen wirklich in nichts nach. Alleine die Anträge der GRÜNEN zum Doppelhaushalt 2013/2014 hätten zu Mehrausgaben für Bayern in Höhe von insgesamt 900 Millionen Euro geführt. Die FREIEN WÄHLER hätten uns allein in zwei Haushaltsjahren sogar insgesamt über 2,5 Milliarden Euro mehr gekostet, hätten wir deren Anträgen nachgegeben. Es scheint so, als wollte der Rest der Opposition die SPD noch auf der Mehrausgabenautobahn überholen. Beruhigend für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger aber ist, dass wir dafür sorgen, dass Sie mit Ihren schlicht nicht finanzierbaren Mehrforderungen jedenfalls hier im Bayerischen Landtag Geisterfahrer bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir dagegen fahren in die richtige Richtung zur Schuldenfreiheit Bayerns ab dem Jahr 2031. Damit ersparen wir dem Freistaat Bayern fast eine Milliarde Euro an Zinsausgaben, und zwar Jahr für Jahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist dann die CSU-Milliarde. Ich frage Sie: Welche Milliarde werden unsere Kinder und Enkelkinder letztlich für besser und gerechter halten?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 10 Milliarden, Herr Kollege!)

Sich ständig überbietende Ausgabenwünsche können und werden wir nicht erfüllen. Wir werden und müssen weiter die richtigen Prioritäten für nachhaltiges Wachstum und langfristige Konsolidierung setzen. Ohne solide Finanzen wird jeder Staat über kurz oder lang finanzpolitischen Schiffbruch erleiden. Durch den konsequenten Schuldenabbau können wir unsere finanzpolitische Ausnahmestellung in Deutschland noch ausbauen. Wir haben in Bayern schon jetzt die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, wie Herr Staatsminister Dr. Söder dargelegt hat.

Mit dem Schuldenabbau können wir unseren Gestaltungsvorsprung weiter ausbauen. So verschaffen wir uns einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil. In der Regel gilt: Je niedriger die Zinslastquote, desto höher die Investitionsquote. So hat der Freistaat Bayern mit 1,8 % im Vergleich mit den Flächenländern West mit großem Abstand die

niedrigste Zinslastquote, mit 12,1 % aber gleichzeitig die höchste Investitionsquote. Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören, aber zum Vergleich dazu nenne ich das grünrot regierte Baden-Württemberg. Dort liegt die Zinslastquote bei 4,2 % und die Investitionsquote bei 9,8 %. Hätten wir dieselbe Zinslastquote wie Baden-Württemberg, müssten wir jedes Jahr über eine Milliarde Euro mehr für Schuldzinsen ausgeben. Bayern hat bereits jetzt einen sehr hohen Investitionsvorsprung. Damit stärken wir die Wirtschaft und schaffen die Grundlage für neue Arbeitsplätze.

Herr Kollege Halbleib und Frau Kollegin Stamm sehen die jährlichen Zuführungen an den Pensionsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro als unzureichend an. Dabei übersehen sie aber, dass wir mit dem Schuldenabbau bis 2030 und dem Pensionsfonds ein Gesamtkonzept vorlegen. Der bayerische Pensionsfonds hatte Ende 2013 schon einen Stand von rund 1,86 Milliarden Euro. Wir sparen uns Jahr für Jahr eine Milliarde Schuldzinsen bei Schuldenfreiheit ab dem Jahr 2031. Dies hilft uns zusätzlich bei der Finanzierung der Pensionszahlungen, über die wir uns im Grunde einig sind. In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, was nachhaltiger und generationengerechter ist: der Aufbau eines Pensionsfonds, der nach Entnahme des Kapitals erschöpft ist, oder ein schuldenfreies Bayern, das Jahr für Jahr rund eine Milliarde Euro mehr ausgeben kann. Wollen Sie einen Eimer Wasser, der nur einmal geleert werden kann, oder einen Brunnen, aus dem man schöpfen kann?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein ewiger Quell!)

Herr Kollege Bachhuber hat klar und deutlich dargelegt, dass wir unsere Schulden auch nicht auf Kosten der Kommunen abbauen. Wir stärken unsere Kommunen als zentrales Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten. Wir stellen unseren Kommunen über 8 Milliarden Euro im kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung. Durch diese erneuten Verbesserungen haben unsere Kommunen mehr Freiheit, auf die strukturellen und demografischen Herausforderungen zu reagieren.

Das bereinigte Ausgabenvolumen des Nachtragshaushalts 2014 steigt im Regierungsentwurf von bisher 48,45 Milliarden Euro auf 49,62 Milliarden Euro an. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr 2013 von 2,8 % auf 5,3 %. Auch im Jahr 2014 erreichen wir einen Haushalt ohne neue Schulden, im allgemeinen Haushalt sogar zum neunten Mal in Folge. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 stärken wir darüber hinaus die Haushaltssicherungsrücklage. Damit sichern wir insbesondere die weitere Schuldentilgung im Doppelhaushalt 2015/2016 ab. Erst der Schuldenabbau macht unseren Haushalt generationengerecht.

Der zweite Nachtragshaushalt 2014 ist aber vor allem ein Haushalt der Notwendigkeiten. Rund zwei Drittel der gesamten Zuwächse gehen auf drei Positionen zurück: Die Veranschlagung der Hochwasserhilfen, ein gemeinsames Anliegen des Hohen Hauses, die Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich, die am meisten wehtun, und die Mehrausgaben für das Asyl von rund 180 Millionen Euro. Damit stehen über 780 Millionen Euro Ausgabensteigerung im Zeichen der Solidarität.

Traditionell wird im Nachtragshaushalt der Stellenplan nicht allgemein geöffnet. Der zweite Nachtrag beschränkt sich daher auf weitere Stellenverbesserungen in Schwerpunktbereichen, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht. So sollen der Hochwasserschutz, die Justiz und die Finanzverwaltung gestärkt werden. Vielleicht sollte man sich einmal zu Gemüte führen, dass aktuell 2.000 Anwärter in Ausbildung stehen. Dies sollte einmal anerkannt und zur Kenntnis genommen werden.

Daneben wollen wir in Bayern auch die Bildung weiter verbessern. Die Bildung hat in unserer Landespolitik einen besonderen Stellenwert. Nach einer am 13. März 2014 veröffentlichten Statistik des Statistischen Bundesamtes gibt Bayern mehr für Schüler aus als die meisten anderen Länder der Bundesrepublik. Bayern ist in der Statistik zusammen mit Hessen das Land mit den höchsten Bildungsausgaben für Schüler unter den westlichen Flächenländern. Wir geben mehr als jeden dritten Euro unseres Haushalts für den Bildungsbereich aus. Für 2014 sind allein 17,2 Milliarden Euro für die Bildung vorgesehen. In den Schulen haben wir jetzt ein weiteres bildungspolitisches Aus-

rufezeichen gesetzt: Wir haben die Garantie abgegeben, dass alle Lehrerstellen trotz der auch in Bayern sinkenden Schülerzahlen in dieser Legislaturperiode im Schulbereich bestehen bleiben. Damit werden unsere Investitionen je Schüler weiter steigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt unseres Regierungsentwurfs zum zweiten Nachtragshaushalt 2014 ist die Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsrunde im Jahr 2014. Bayerns hervorragende Verwaltung lebt von der Qualität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind für eine faire Bezahlung der bayerischen Beamtinnen und Beamten. Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder wurde in Bayern zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen. Damit trat letztes Jahr rückwirkend zum 1. Januar 2013 eine Erhöhung der Entgelte um 2,65 % ein, und in diesem Jahr eine weitere Erhöhung um 2,95 % ab dem 1. Januar 2014. Im Regierungsentwurf des zweiten Nachtragshaushalts 2014 wird diese Erhöhung ausfinanziert und ebenfalls abgesichert.

Die richtige Schwerpunktsetzung der Regierungsfraktion zeigt sich auch im Regierungsentwurf zum zweiten Nachtragshaushalt 2014. Zahlreiche Punkte, die die CSU beim Doppelhaushalt 2013/2014 eingebracht hatte, wurden von der Staatsregierung in den Entwurf zum zweiten Nachtragshaushalt 2014 übernommen. Dies betrifft insbesondere die Sportförderung, die Unterstützung der Jugendarbeit, die Realisierung des elektronischen Rechtsverkehrs und die Familienpflege.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, werfen Sie bitte einen Blick auf die Uhr. Sie haben bereits die Überziehungszeit des Herrn Kollegen Halbleib erreicht.

Peter Winter (CSU): Okay. Ich kündige an, dass wir als CSU-Fraktion besonderes Augenmerk auf die Infrastruktur, die digitale Bildung und die Unterstützung der Energiewende richten werden. Wir werden unsere Feuerwehr und unsere Polizei verstärken. Das habe ich bereits in der letzten Sitzung gesagt. Wir werden im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass die Finanzen in Bayern geordnet bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Winter, Sie dürfen am Rednerpult verbleiben. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, die erste von Frau Kollegin Claudia Stamm und die zweite von Herrn Kollegen Halbleib. Bitte, Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter, ganz kurz: Es ist ganz normal, dass Flächenländer ein Drittel ihres Geldes für die Bildung ausgeben. Bayern tut hier nichts Besonderes. Es ist im Schnitt dessen, was Flächenländer tun. Wir sind froh, dass es so ist.

Sie haben außerdem davon gesprochen, dass Bayern seine Beamtinnen und Beamten hervorragend versorge. Wenn man aber davon ausgeht, dass im Jahr 2030 7 Milliarden Euro Pensionsleistungen fließen müssen, um die Beamtinnen und Beamten zu versorgen, weiß man, dass das kein laufender Haushalt leisten kann. Wir haben bereits jetzt einen Finanzierungssaldo von 1,3 Milliarden Euro in dem sogenannten Versorgungsfonds bzw. Pensionsfonds. Wenn Sie dem gefolgt wären, was Sie mal beschlossen haben, - - Ihr Pensionsfonds hat aber nur zwei Jahre gehalten. Dann möchte ich – deswegen hatte ich mich eigentlich gemeldet – die 900 Millionen Euro Mehrausgaben für den Doppelhaushalt ansprechen. Das ist noch so eine Mär. Kollege Georg Schmid hat sie in der letzten Legislaturperiode schon immer wieder verbreitet. Auch wenn ich geredet habe, hat er dazwischen gequatscht und gerufen, dass unsere Anträge so viel kosten würden.

(Zurufe von der CSU)

- Entschuldigung, wenn man redet und jemand von dort ruft, kann man auch "dazwischen gequatscht" sagen.

(Peter Winter (CSU): Machen Sie das nicht?)

Auf jeden Fall ist das nicht wahr. Sie haben vielleicht unsere Streichungs-, Umschichtungs- und Kürzungsanträge nicht berücksichtigt. Wir können uns gerne noch einmal

zusammensetzen. Dann zeige ich Ihnen, dass es keine 900 Millionen Euro waren. Die Beträge lagen im zweistelligen Bereich. Das können wir gerne machen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Peter Winter (CSU): Dass Sie alles kleinreden, obwohl Sie unsere Aussagen anerkennen, ist Ihr Problem. Ich sage Ihnen: Laut Statistik liegen Hessen und Bayern bei den Ausgaben pro Schüler an der Spitze der Bundesländer. Das finde ich gut so. Darin sind wir uns letztendlich auch einig.

Frau Kollegin Stamm, wenn ich nicht immer wieder die Sirene aus der GRÜNEN-Fraktion gehört hätte, würde ich das "Quatschen" so stehenlassen. Sie sollten aber einmal in den Spiegel schauen. Dann sehen Sie, was bei Ihnen abgeht. Das wollte ich schon noch einmal festgehalten haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich bleibe dabei, dass Sie hin und wieder Anträge stellen und dabei auch Deckungsvorschläge machen. Im Großen und Ganzen liefern Sie sich aber in der Opposition einen Wettbewerb darin, wer das meiste Geld ausgibt, ohne dass Sie dafür Sorge tragen, wie der Ausgleich erfolgt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt Herr Kollege Halbleib zur Zwischenbemerkung.

Volkmar Halbleib (SPD): Nach der halb unterfränkischen Zwischenbemerkung eine ganz unterfränkische. Ein paar Punkte sollten Sie bitte schon zur Kenntnis nehmen. Zunächst einmal beruhigt es mich, dass Sie bei der dramatischen Schilderung des haushaltspolitischen Vorgehens der SPD-Landtagsfraktion in diesem Hause bis auf das Jahr 1979 zurückgehen müssen. Das ist 35 Jahre her. Damals war ich fünfzehn Jahre alt.

(Peter Winter (CSU): Jedes Jahr eine Milliarde!)

Wenn Sie so viel Zeit brauchen, um sich mit unserer Haushaltspolitik insbesondere der letzten Jahre zu befassen, kann es so dramatisch nicht sein. Wir haben immer Deckungsvorschläge gemacht. Das wissen Sie auch. Das ist auch dokumentiert. Das können wir uns schenken. Wer 1979 erwähnt, zeigt, dass es nicht so dramatisch sein kann.

Der zweite Punkt: Sie können uns vorwerfen, was Sie wollen. Die versteckte Verschuldung thematisiert der Oberste Rechnungshof mit beinharder Prägnanz. Er sagt, 350 Millionen Euro würden pro Jahr zu wenig für den Gebäudeunterhalt ausgegeben. Der Sanierungsstau bei den Staatsstraßen macht im Augenblick 700 Millionen Euro aus. Das sind keine Feststellungen der bösen SPD, der bösen GRÜNEN oder der bösen FREIEN WÄHLER, sondern es sind Feststellungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Auch das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen.

Der dritte Punkt: Sie können immer über Verschuldung reden, aber Sie sollten immer dazusagen, dass diesem Haushalt in den letzten Jahren 10 Milliarden Euro neue Schulden hinzugefügt worden sind. Den Pensionsfonds kann man unterschiedlich sehen – das räume ich finanzpolitisch sogar ein -, aber der Hauptvorwurf dabei lautet, dass die Mittel, die durch die drastische Reduzierung frei geworden sind, nicht für die Schuldentilgung verwendet werden. Wer die Finanzplanung des Finanzministers anschaut, erkennt dies. Genau dieses Szenario haben wir erkannt. Die Mittel bleiben dann frei verfügbar. Die Kontrolle, ob sie tatsächlich in die Schuldentilgung fließen, ist nicht mehr möglich. Das war unser Vorwurf.

Zu den Begründungen für Änderungsanträge: Ich will nicht auf die 350 Millionen Euro eingehen, die Sie immer an Zinsen für die Landesbank ausweisen müssen. Das wäre ein wunderbarer Betrag, mit dem man viel finanzieren könnte. Ich denke nur an die ordnungsgemäße Ausstattung der Finanzämter. Das würde mehr Geld bringen. Da brauchen Sie sich um die Refinanzierungsvorschläge der SPD-Landtagsfraktion keine Sorgen zu machen. - Ich habe die Geste der Präsidentin verstanden. Über das Weitere werden wir uns im Haushaltsausschuss austauschen.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich habe Ihnen schon wieder mehr Zeit gegeben. Herr Kollege Winter, bitte.

Peter Winter (CSU): Wir werden natürlich in aller Freundschaft über diese Themen sprechen, weil wir uns im Haushaltsausschuss immer ganz gut austauschen. Bei der Rückschau auf das Jahr 1979 war aber nun einmal zu sehen, dass Sie jedes Jahr fast eine Milliarde mehr gefordert haben. Das hat die Diskussion schon spannend gemacht. Das erinnert mich auch ein bisschen an Nordrhein-Westfalen. Die machen das regelmäßig. Und dahin gibt es Verbindungen.

Beim Bauunterhalt müssen Sie auf die Betrachtungen des ORH eingehen. Wir sehen es anders. Wir investieren jedes Jahr rund 200 Millionen Euro in die Bausubstanz. Wir machen energetische Sanierungen, wir achten auch bei den Neubauten darauf, dass alles funktioniert. Wir haben auf Initiative der Fraktion immer in die Staatsstraßen investiert. Gerade in den letzten Jahren – dafür bin ich der Obersten Baubehörde und dem Innenministerium sehr dankbar – sind wir einen riesigen Schritt vorangekommen. Wir werden daran weiter arbeiten und alles daran setzen, dass diese Maßnahmen abfinanziert werden. Ich möchte noch einmal sagen: Andere Länder wären glücklich, wenn sie so arbeiten könnten wie wir. Eine Investitionsquote von 12,1 % kommt zum einen den Bürgerinnen und Bürgern, zum anderen aber auch der heimischen Wirtschaft zugute. Ansonsten freue ich mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ganz meinerseits!)

Präsidentin Barbara Stamm: Es geht weiter in der Debatte. Für die FREIEN WÄHLER hat der Kollege Muthmann jetzt das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatsminister hat eingangs eine Bewertung des Gesamthaushalts und der vorgelegten Zahlen abgegeben und davon gesprochen, dass wir ruhig schlafen könnten. Auch der Begriff der Finanzpoesie ist gefallen. Ein bisschen verträumt war die Rede insgesamt, wie ich fand. Natürlich muss über das Zah-

lenwerk und die Gesamtkomposition des Haushalts gesprochen werden. Zum anderen muss aber auch geklärt werden, welche Schwerpunkte und Inhalte der Politik mit diesem Haushalt zum Ausdruck gebracht werden. Ergänzend zu dem, was Kollege Pohl gesagt hat, will ich nur noch auf zwei Aspekte eingehen, nämlich auf die Bildungspolitik und auf die Regional- und Wirtschaftspolitik.

Zunächst will ich aber eine Vorbemerkung machen. Ihren Einstieg in Ihre neue Verantwortung als Heimatminister aus der schon bestehenden Verantwortung als Finanzministers heraus haben wir mit zwei Erwartungen verbunden. Erstens hatten wir erwartet, dass bei der Frage, wo das Heimatministerium untergebracht werden soll, eine sparsame Lösung gesucht wird. Zweitens haben wir eine Lösung erwartet, mit der die Themen Heimat, ländlicher Raum und gleichwertige Lebensbedingungen berücksichtigt werden. Beide Erwartungen wären mit einem Ministerium in Wunsiedel, in Waldmünchen, in Regen oder in Grafenau sehr viel besser erfüllt worden. Dort hätte man nicht 80.000 Euro Miete im Monat, sondern vielleicht nur 8.000 Euro zu zahlen gehabt. Der ländliche Raum hätte darüber hinaus ein ermutigendes und kraftvolles Zeichen erhalten. Beides ist nicht geschehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum 1. Januar 2014 ist bekanntermaßen eine ganze Reihe von Verfassungsänderungen in Kraft getreten. Dazu gehören die Themen gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit in ganz Bayern in besonderer Weise. Wir haben schon erwartet, dass diese Themen bei einem ersten Nachsteuern im Haushalt in besonderer Weise berücksichtigt werden. Nichts davon haben wir heute zu hören bekommen. Ich kündige an, dass wir bei den weiteren Beratungen deutlich machen werden, dass uns das, was zu den Themen Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung, Behördenverlagerung und natürlich Infrastruktur im Großen und Ganzen gesagt wird, nicht genug ist. Kollege Halbleib hat die versteckten Schulden in der Infrastruktur angesprochen. Die Versäumnisse hierbei wollen wir insgesamt aufholen. Auch das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen wollen wir in besonderer Weise berücksichtigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Versorgung mit Breitband ist in finanzieller Hinsicht im Großen und Ganzen auskömmlich gestaltet. Bis dato waren dafür 500 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Zur Auszahlung ist aber gerade einmal eine Million gekommen. Das macht deutlich, dass hier zu wenig Kraft und zu wenig Effizienz dahinterstecken. Sie haben sich auf den Weg gemacht, die Versorgung ein Stück weit zu verbessern. Wir warten auf Entscheidungen aus Brüssel und werden sehen, was im Laufe dieses Jahres wirksam wird. Zuletzt sind nicht allein die Zahlen im Haushalt entscheidend. Entscheidend ist an dieser Stelle – das hat Helmut Kohl gesagt –, was hinten herauskommt. Was kommt bei den Menschen an?

Gleiches gilt für die Bildungspolitik. Wie wirksam sind wir dort? Es reicht nicht aus, wenn ein Drittel des Haushalts für Bildung zur Verfügung steht. Wir müssen – das hätte ich an dieser Stelle erwartet – konkrete Ziele für die Zukunft formulieren: Wie sieht es mit den Planungen zur Ganztagsbetreuung aus? Werden die Schulen im ländlichen Raum erhalten und weiterentwickelt? Wie entwickeln sich die Klassengrößen? Diese Fragen sollten jenseits von G 8 und G 9 gestellt werden. Darüber wird im Laufe des Jahres eine Entscheidung fallen. Die organisatorischen Fragen garantieren nicht die Qualität in der Bildungsarbeit. Die Lehrerinnen und Lehrer sollten, egal in welcher Schule sie arbeiten, ausreichend Zeit für qualitätvolle Arbeit haben. Deshalb muss die Bildungspolitik stärker in Personalpolitik münden, als das bislang der Fall war.

Das von Herrn Kollegen Pohl Gesagte kann ich nur ergänzen. Wir nehmen mit unseren Anträgen auf das Zahlenwerk Bezug und sorgen dafür, dass das Thema gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern ab dem 1. Januar 2014 nicht nur Verfassungspoesie bleibt. Stattdessen soll das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in konkrete Umsetzungsschritte münden. Gleiches gilt für eine weitere Verbesserung der Bildungsarbeit. Ich mag nicht bestreiten, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern ordentlich unterwegs sind. Der Feind des Guten ist jedoch das Bessere.

Dem müssen wir uns stellen. Das gilt für das allgemeine Zahlenwerk im Haushalt, aber auch für die Bildungsarbeit und die gleichwertigen Lebensbedingungen in Bayern. Das werden wir im Rahmen unserer ergänzenden Anträge zum Nachtragshaushalt unter Beweis stellen. Ich bitte, diese zu unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Söder um eine Zusammenfassung.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe noch einige Anmerkungen. Ich habe genau zugehört. - Lieber Herr Halbleib, Sie haben andere mit den Worten "arrogant und ignorant" angegriffen, bevor eine Sachdebatte stattgefunden hat. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das war keine schlechte Rede, sondern ein peinlicher Einstieg, den Sie an dieser Stelle geliefert haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das war der beste Beleg für meine Aussage!)

Letztes Jahr hat Herr Ude gesagt, der Finanzminister der Zukunft, der Mann, den die Franken und Bayern als den besten Finanzpolitiker kennen würden, sei unser Freund Halbleib. Das hat nicht stattgefunden. Meine Damen und Herren, die Wähler haben richtig entschieden. Das kann ich an der Stelle noch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Danke für die Würdigung!)

Ihre Ausführung, die SPD habe die Welt gerettet, war etwas überzogen. Sie danken allen in Bayern. Nur die Mehrheit in diesem Haus und die Bayerische Staatsregierung werden bewusst ausgelassen, als ob sie gar nichts mit dem Erfolg zu tun hätten. Anscheinend haben wir gar nichts mit Bayern zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß nicht, ob Sie das viel besser gemacht hätten. Wir haben es gut gemacht. Das belegen die Zahlen.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Eigenlob stinkt!)

Ich habe genau zugehört. Sie haben gesagt, die Vergleichsländer zählten überhaupt nicht. Ich finde es in Ordnung, wenn man kritisiert. Die Wucht und die Dynamik einer Kritik ergibt sich jedoch auch aus der Relation zu anderen.

Sie reden von den Zuständen in Bayern. Ich nenne nur das Thema Straßen- und Gebäudesanierung. Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen fällt fast zusammen, weil nichts mehr investiert werden kann. In Bayern wird kräftig investiert. Das ist ein riesiger Unterschied. Bayern geht es gut und besser als den Ländern, in denen Sie als SPD Verantwortung tragen. Das sollten Sie akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm und Herr Halbleib, ich habe mich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin bei einem Punkt doch durchgesetzt. In meiner Arbeitsgruppe war es die Hauptaufgabe, zu verhindern, dass die Deutschen, auch die Bayern mit einer Fülle von Steuererhöhungen überzogen werden. Zu Beginn der Verhandlungen sollte es bis zu 30 direkte oder indirekte Steuererhöhungen geben. Ich muss Ihnen eines sagen: In Zeiten von Rekordd-Steuereinnahmen ist es indiskutabel, immer wieder neue Steuererhöhungen zu fordern. Ein Staat muss endlich lernen, mit dem Geld, das er hat, auszukommen. Die Politik sollte nicht immer wieder Steuererhöhungen fordern.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, Ihr Argument, wir plünderten die Sparkonten der Kinder, ist der Hammer, wenn ich das sagen darf.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

- Genauso haben Sie es gesagt: Das sei, als würde man die Sparkonten der Kinder plündern. Man kann viel Kritik äußern. Dafür habe ich Verständnis. Meine Damen und Herren, wir plündern aber nicht etwa die Sparkonten der Kinder, sondern füllen die Konten Bayerns auf. Das ist doch die Realität. Wir schwächen Bayern nicht, sondern stärken Bayern. Darum geht diese Kritik grundlegend ins Leere.

(Beifall bei der CSU)

Zu vielen Einzelpunkten hat Herr Kollege Winter in hervorragender Weise das Richtige im Detail angemerkt. Er hat beispielsweise auch das Thema Marienberg klargestellt.

Zur Landesbank: Weder ich noch jemand anders hat gesagt, dass das Thema Landesbank keine Herausforderung bleibe. Im Gegenteil, die Altlasten, die wir haben, sind eine Herausforderung. Der Punkt ist folgender: Wir lamentieren nicht nur über Risiken. Wir stehen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange, sondern versuchen eine Strategie zu entwickeln, anstatt zu klagen und zu weinen. Ich und die überragende Mehrheit der Staatsregierung haben diese Dinge nicht verursacht. Wir haben mit den Altlasten nichts zu tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es waren immer die anderen!)

Im Interesse der Bayern – die Landesbank ist die Bank der Bayern – soll alles dafür getan werden, damit es besser wird. Bis auf den heutigen Tag habe ich von Ihnen kaum einen Vorschlag gehört, was gemacht werden soll. Machen Sie gute Vorschläge. Wir brauchen Strategien. Wir haben Strategien und können erfolgreich sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie hören nicht zu! Sie informieren das Parlament nicht!)

Risiken bleiben. Man braucht jedoch eine Strategie. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pohl, Sie erinnern an das Ende von Karthago. Herr Pohl hat eben zum Länderfinanzausgleich gesagt, er erinnere ihn an einen lateinischen Satz über Karthago. Dazu sage ich: Wenn es so käme, wäre es gut.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Vor 2019!)

- Es muss vor dem Jahr 2019 enden. Enden wird es auf jeden Fall. Die Frage ist, was wir erreichen. Neu ist das Zusammenlaufen der Endpunkte verschiedener Finanzierungsstränge, der Regionalisierungsmittel, des Solidaritätszuschlags und des Länderfinanzausgleichs. Neben der grundsätzlichen, verfassungsrechtlich fundierten Kritik zweier Bundesländer und der gefühlten Verärgerung in Baden-Württemberg, das sich nicht auszusprechen traut, was die Bevölkerung denkt und wünscht, gibt es noch ein politisches Interesse, mehrere Dinge zusammenzubringen, sodass sich die Chance nicht nur verfassungsrechtlich, sondern politisch fundamental erhöht hat, zu einer Lösung zu kommen. Das halte ich für eine kluge Strategie. Neben dem rechtlichen Vorgehen und der rechtlichen Argumentation erfolgt eine begleitende politische Lösung. Das hat man von uns gefordert. Das haben wir gemacht. Jetzt ist es Ihnen auch wieder nicht recht. Ich glaube, der Weg, den wir an dieser Stelle gehen, ist gut.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie das zu Ende führen, dann passt das!)

Frau Stamm, mir fällt immer wieder etwas auf. Man kann über alles reden, aber Sie greifen, egal zu welchem Thema, mit großer Wucht in Franken an. Ihnen ist es nie recht. Sie sind irgendwie für, aber auch irgendwie gegen die Festung Marienberg. Dasselbe gilt für das Heimatministerium. Immer wenn es um Franken geht, sind Sie dagegen. Geht es um das Finanzamt München, kann es Ihnen gar nicht schnell genug gehen, dass 200 Millionen Euro verbaut werden. Seien Sie doch etwas objektiver. Sie sollten überall entweder dafür oder dagegen sein. Ich weiß nicht, ob der einseitige Angriff auf Franken mit der Wahl in Ansbach zusammenhängt. Bitte seien Sie an dieser Stelle fair und ehrlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß nicht, ob das noch hält: Sie wiederholen, seitdem ich dieses Amt inne habe – das haben Sie auch schon vorher getan -, wir seien beim Thema Beamte und Finanzbeamte nicht stark genug aufgestellt. Ich finde, Sie hatten noch vor einiger Zeit viel bessere Argumente. Es stimmt, wir hatten einigen Aufholbedarf. Seit Beginn der letzten Legislaturperiode haben wir – und das setzen wir fort – fast 1.500 Stellen nachgelegt:

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt doch gar nicht!)

Steuerfahnder, Betriebsprüfer, innere Dienste im Finanzbereich. Der Bayerische Beamtenbund hat übrigens letztes Jahr – Sie erinnern sich, Sie waren dabei, es hat Ihnen, glaube ich, nicht sehr gefallen, aber es war eine schöne Veranstaltung – die Staatsregierung für ihr Engagement sogar ausdrücklich gelobt. Sogar die Finanzgewerkschaft, die zu Recht kritisch ist, hat die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags für die richtigen Schritte gelobt. Wenn der Beamtenbund und die Finanzgewerkschaft anerkennen, dass wir uns deutlich verbessert haben, sollten Sie nicht mehr die Argumente aus der Vergangenheit bringen. Leben wir nicht im gestern, sondern machen wir die Augen auf für die Zukunft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wir geben uns sehr große Mühe, das nicht irgendwie oder halbwegs über die Bühne zu bringen, sondern der Ministerpräsident, die Öffentlichkeit und der Landtag verlangen von uns erstklassige Arbeit. Diesen Anspruch hat Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Anspruch und Wirklichkeit!)

Wir haben in Bayern Weltunternehmen und stehen mit unserer Tradition und Leistungsfähigkeit in vielen nationalen und internationalen Rankings an erster Stelle. Wenn Sie sich die "Focus"-Umfrage angeschaut haben, dann konnten Sie erkennen, dass bei allen Fragen bayerische Kommunen und Regionen mit an vorderster Stelle

rangieren. Selbst unsere strukturschwächeren Regionen sind im nationalen Verbund erste Liga. Wir geben uns sehr große Mühe, dieses Niveau zu halten. Das ist im Wettbewerb gar nicht so einfach.

Wir setzen die Schuldentilgung fort. Kollege Winter hat das angesprochen. Wir haben 2,54 Milliarden Euro getilgt, 11 % der allgemeinen Haushaltsschulden. Kein anderes Land hat das getan. Die Zinsquote geht nach unten, meine Damen und Herren, die Pro-Kopf-Verschuldung wird besser. Alle Daten sprechen dafür, dass wir den Haushalt souverän und seriös führen. Wir können rechnen, meine Damen und Herren. Nehmen Sie uns das bitte ab: Unser Ziel ist, Bayern zu entschulden, zu stärken und finanzpolitisch stark zu halten.

Ob man die Ratingagenturen mag oder nicht, sie entscheiden am Ende darüber, wie viele Zinsen man zahlt. Bei einem schlechten Rating werden Altschulden teurer. Insofern müssen wir alles dafür tun, um Bayern zu stärken und stabil zu halten. Der Landtag kann jetzt darüber entscheiden, ob wir diesen Weg fortsetzen. Wir empfehlen das und bedanken uns für eine seriöse Beratung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Kolleginnen und Kollegen, gemäß § 148 der Geschäftsordnung sind die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen.